



Hochschule Neubrandenburg
University of Applied Sciences



Neubrandenburger Institut für
Kooperative Regionalentwicklung

**Mobiles demokratisches Empowerment für den ländlichen
Raum**

–

**Konzepte für zwei ländlich geprägte Gebiete in
Ostdeutschland**

Auftraggeber

Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e.V.

Robertstr. 5a

42107 Wuppertal

Auftragnehmerin

Hochschule Neubrandenburg

Neubrandenburger Institut für kooperative Regionalentwicklung

Brodaer Straße 2

17033 Neubrandenburg

Neubrandenburg, März 2019

Autoren

Prof. Dr. Peter Dehne

Katrin Müller

Carmen Heymann

Der Projektträger Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V. führt in zwei ländlich geprägten Landkreisen Ostdeutschlands ein Kooperationsprojekt zur Demokratiebildung durch. Das Projekt „Mobiles Demokratisches Empowerment für den ländlichen Raum“ (MoDem) wird im Landkreis Vorpommern-Greifswald von Arbeit und Leben Mecklenburg-Vorpommern und im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge von Arbeit und Leben Sachsen umgesetzt. Inhaltlich sollen durch aufsuchende politische Bildungsarbeit und im Dialog mit BürgerInnen vorhandene Potenziale zivilgesellschaftlichen Engagements aktiviert bzw. gestärkt und neue Netzwerke unterstützt werden. Ziel ist der Aufbau stabiler und nachhaltiger Strukturen zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements.

Mit der Darstellung der aktuellen Situation in den beiden Regionen und der daraus folgenden Ableitung von Handlungsempfehlungen hat der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V. das Institut für kooperative Regionalentwicklung an der Hochschule Neubrandenburg beauftragt. Die vorliegende Arbeit beschreibt die wirtschaftliche, demografische und soziale Situation im Landkreis Vorpommern-Greifswald und im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Darüber hinaus skizziert sie das Verständnis zivilgesellschaftlichen Engagements und aufsuchender Bildungsarbeit in Bezug auf das Projekt MoDem. Die abschließenden Handlungsempfehlungen beziehen sich konkret auf den Einsatz aufsuchender Bildungsarbeit in diesen Regionen und das Verständnis zivilgesellschaftlichen Engagements innerhalb dieses Projektes.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	3
1 Bevölkerung und Soziale Lage Landkreis Vorpommern-Greifswald	4
1.1 Einwohnerzahl und -dichte.....	4
1.2 Bisherige Bevölkerungsentwicklung und -struktur	5
1.3 Zukünftige Bevölkerungsentwicklung und -struktur	7
1.4 Wirtschaftliche Lage	9
1.4.1 Einkommen.....	9
1.4.2 Fachkräftesituation.....	11
1.4.3 Arbeitslosenquote	11
1.4.4 Transferleistungen.....	13
1.5 Wählerverhalten.....	15
1.5.1 Letzte Wahlergebnisse	15
1.5.2 Entwicklung der Wahlbeteiligung.....	16
1.6 Zivilgesellschaftliches Engagement	16
2 Bevölkerung und Soziale Lage Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	18
2.1 Einwohnerzahl und -dichte.....	18
2.2 Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur.....	19
2.2.1 Bevölkerungsentwicklung.....	19
2.2.2 Anteil ausländischer Bevölkerung	20
2.2.3 Bevölkerungsstruktur	21
2.3 Arbeit.....	22
2.3.1 Einkommen.....	22
2.3.2 Fachkräftesituation.....	23
2.3.3 Arbeitslosenquote	24
2.4 Leistungsbezieher nach SGB II.....	26
2.5 Wählerverhalten.....	27
2.6 Zivilgesellschaftliches Engagement in Zahlen	28
3 Zivilgesellschaftliches Engagement	29
3.1 Definition	29
3.2 Zivilgesellschaftliches Engagement in Ost- und Westdeutschland	31
4 Aufsuchende Bildungsarbeit und mobile Bildungsarbeit	36
4.1 Prinzipien aufsuchender Bildungsarbeit.....	36
4.1.1 Demokratie und Bildung.....	36
4.1.2 Aufsuchender Ansatz in der Bildungsarbeit	38

4.2	Konzepte der aufsuchenden Arbeit.....	40
5	Ableitungen zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements in den untersuchten Kreisen.....	44
	Quellenverzeichnis	48

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einwohnerdichten im Landkreis Vorpommern-Greifswald nach Gemeinden und Städten am 31.12.2017	4
Abbildung 2: Prozentuale Bevölkerungsentwicklung im LK VG im Vergleich	6
Abbildung 3: Entwicklung des Anteils der ausländischen Bevölkerung im Landkreis VG	6
Abbildung 4: Anteile ausländischer Bevölkerung am 31.12.2017 in Prozent	7
Abbildung 5: Bevölkerungsstruktur nach Altersgruppen und Geschlecht im Landkreis Vorpommern-Greifswald 2010 und 2030	9
Abbildung 6: Durchschnittliche Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer im Jahr 2016 im Vergleich	10
Abbildung 7: Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2015 pro Einwohner im Vergleich	10
Abbildung 8: Arbeitslose je gemeldeter Arbeitsstelle nach Berufsbereichen absteigend sortiert	11
Abbildung 9: Arbeitslosenquote Januar 2019 im Vergleich	12
Abbildung 10: Erwerbslose je 1000 Einwohner 2015 im Landkreis Vorpommern-Greifswald	13
Abbildung 11: Anteil der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Personen des Landkreises Vorpommern-Greifswald im SGBII an den unter 65-jährigen in Prozent	14
Abbildung 12: Anteil der Personen des Landkreises Vorpommern-Greifswald mit Hilfen zum Lebensunterhalt an der Gesamtbevölkerung in Prozent	14
Abbildung 13: Ergebnisse der Bundestagswahlen 2013 und 2017 im Landkreis Vorpommern-Greifswald	15
Abbildung 14: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 im Vergleich	16
Abbildung 15: Bevölkerungsdichten Landkreis SOE nach Gemeinden am 31.12.2017	18
Abbildung 16: Prozentuale Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge im Vergleich	19
Abbildung 17: Entwicklung des Anteils der ausländischen Bevölkerung im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	20
Abbildung 18: Anteile ausländischer Bevölkerung im Vergleich am 31.12.2017 in Prozent	21
Abbildung 19: Bevölkerungsstruktur im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 2015 und 2030	22
Abbildung 20: Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer im Jahr 2016 im Vergleich	23
Abbildung 21: BIP 2015 pro Einwohner im Vergleich	23
Abbildung 22: Arbeitslose je gemeldeter Arbeitsstelle im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge nach Berufsbereichen absteigend sortiert	24
Abbildung 23: Arbeitslosenquote Januar 2019 im Vergleich	25
Abbildung 24: Erwerbslose auf 1000 erwerbsfähige Einwohner im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 2015	26
Abbildung 25: Anteil der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Personen des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Sachsens und Deutschlands im SGBII an den unter 65-jährigen in Prozent	27
Abbildung 26: Ergebnisse der Bundestagswahlen 2013 und 2017 im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	28
Abbildung 27: Engagement nach Bildung in Ost- und Westdeutschland von 1990-2003 in Prozent	32

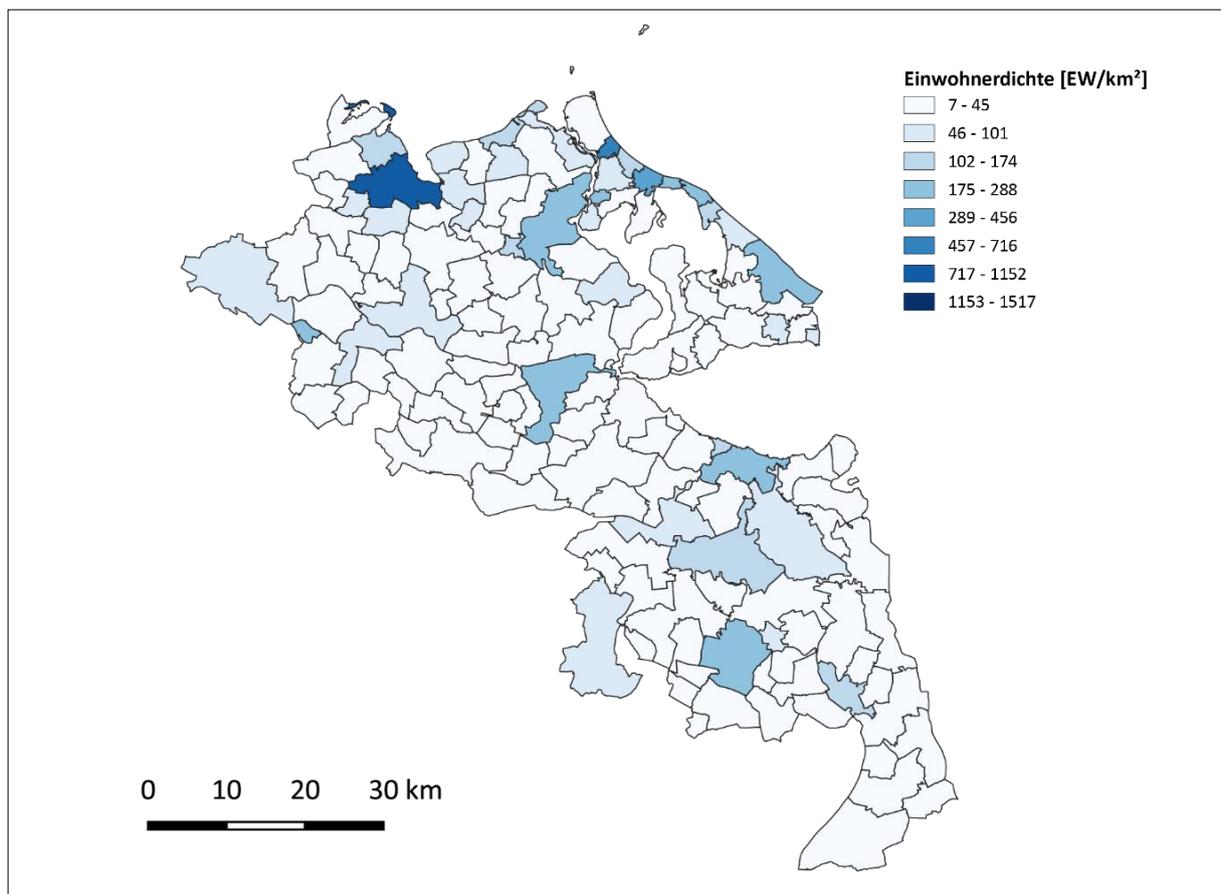
1 Bevölkerung und Soziale Lage Landkreis Vorpommern-Greifswald

1.1 Einwohnerzahl und -dichte

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald ist einer von sechs Landkreisen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und hat eine Fläche von 3.946 km² (Stand 2017). Damit ist er der drittgrößte Landkreis Deutschlands. Der Landkreis umfasst sechs amtsfreie Gemeinden sowie 13 Ämter mit ihren 134 amtsangehörigen Gemeinden.¹

Am 30. Juni 2018 lebten 236.423 Einwohner im Landkreis, was einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 60 Einwohnern pro Quadratkilometer entspricht² und damit die durchschnittliche Bevölkerungsdichte Mecklenburg-Vorpommerns mit 69 Einwohnern³ pro km² nur leicht und die Deutschlands mit 228 Einwohnern pro km² um etwa 74 Prozent unterschreitet. Über die einzelnen Gemeinden ist die Bevölkerungsdichte ungleichmäßig verteilt. Sie reicht von fünf

Abbildung 1: Einwohnerdichten im Landkreis Vorpommern-Greifswald nach Gemeinden und Städten am 31.12.2017



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern

¹ Landkreis Vorpommern-Greifswald 2018

² Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2018

³ Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2018a

Einwohnern pro km² in der am dünnsten besiedelten Gemeinde Bugewitz bis zu 1159 Einwohnern pro km² in der Hansestadt Greifswald der am dichtesten besiedelten Gemeinde.⁴ (Abb.1)

Gemäß des Integrierten Regionalen Entwicklungskonzeptes für den Landkreis Vorpommern-Greifswald ist heterogene Bevölkerungsverteilung im Allgemeinen durch ein Nord-Süd-Gefälle gekennzeichnet: „Die höchste Einwohnerzahl verzeichnet die Universitäts- und Hansestadt Greifswald im Norden des Landkreises. Die vier Mittelzentren Anklam, Wolgast, Pasewalk und Ueckermünde sind mit Ausnahme von Pasewalk in der nördlichen Hälfte und/oder in Küstennähe zu finden. Die bevölkerungs-ärmeren Nahbereiche liegen v.a. im mittleren und südlichen Landkreis.“⁵

1.2 Bisherige Bevölkerungsentwicklung und -struktur

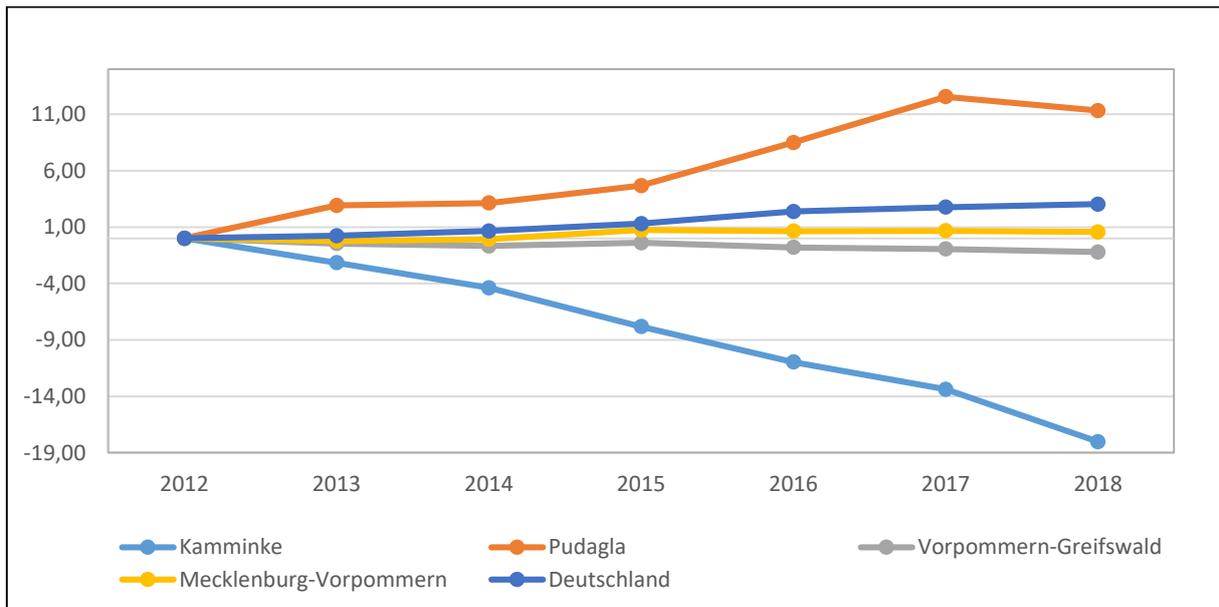
Die Bevölkerungszahl im Landkreis Vorpommern-Greifswald ist von 239.291 Einwohnern im Jahr 2012 auf 236.423 Einwohner im Jahr 2018 gesunken. Im Gegensatz dazu stiegen die Bevölkerungszahlen im selben Zeitraum im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sowie im gesamten Bundesgebiet leicht an. In Mecklenburg-Vorpommern um knapp 0,6 Prozent, in Deutschland um etwa drei Prozent. Betrachtet man die einzelnen Gemeinden des Landkreises, lässt sich eine heterogene Verteilung der Bevölkerungsentwicklung feststellen. Den stärksten Bevölkerungsverlust in diesem Zeitraum hat die Gemeinde Kamminke mit 18 Prozent zu verzeichnen, wohingegen die Gemeinde Pudagla auf der Insel Usedom mit 11,3 Prozent den stärksten Bevölkerungsanstieg verzeichnet.⁶ (Abb. 2)

⁴ Eigene Berechnung nach Daten des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern

⁵ Landkreis Vorpommern (2018a): 25

⁶ Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2018b), Statistisches Bundesamt

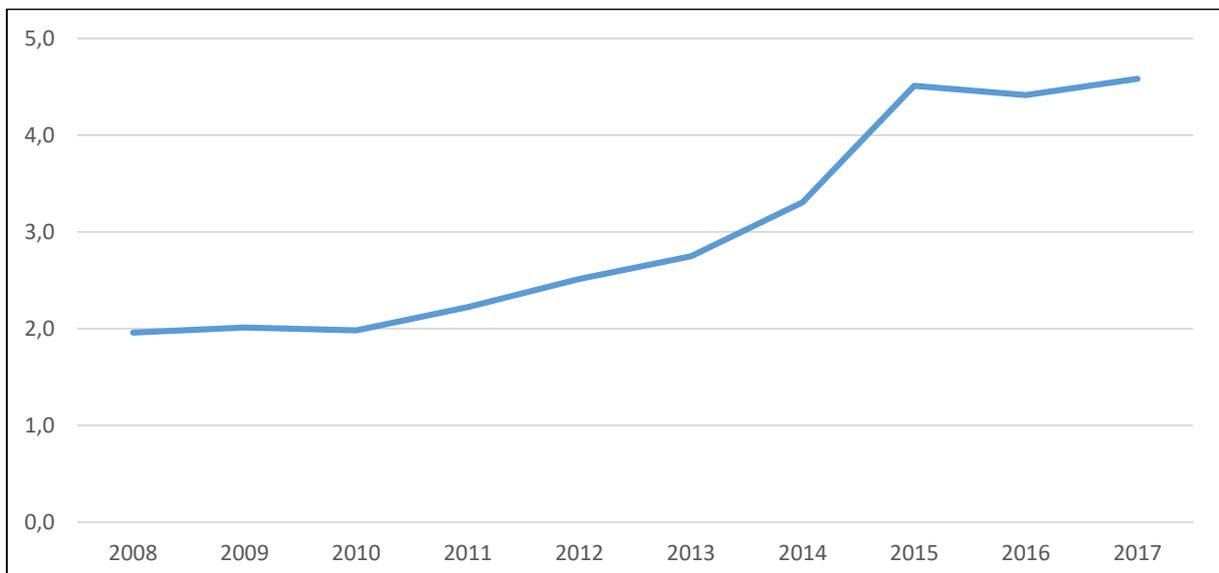
Abbildung 2: Prozentuale Bevölkerungsentwicklung im LK VG im Vergleich



Quelle: Eigene Darstellung nach Statistik des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern sowie des Statistischen Bundesamtes

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt hat von 2008 auf 2017 um etwa 2,8 Prozent zugenommen. Im Landkreis Vorpommern-Greifswald war es ein Zuwachs von 2,6 Prozent.⁷ (Abb. 3) Im deutschen Durchschnitt erhöhte sich der Anteil im selben Zeitraum um etwa vier Prozent.⁸

Abbildung 3: Entwicklung des Anteils der ausländischen Bevölkerung im Landkreis VG



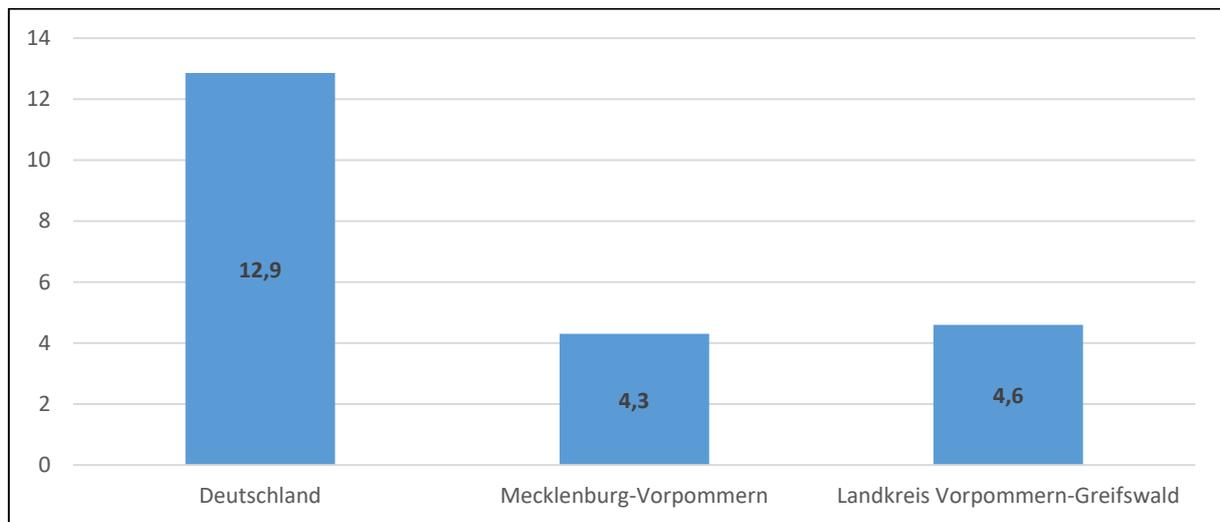
Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern

⁷ Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2018c)

⁸ Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamtes

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Bevölkerung in Bundesland und Landkreis hat sich mehr als verdoppelt, liegt jedoch deutlich unter dem des gesamten Bundesgebiets. Im Jahr 2017 lag dieser im Landkreis Vorpommern-Greifswald (2008 noch nicht als Landkreis VG existent⁹) bei rund 4,6 Prozent, während er in Deutschland zum selben Zeitpunkt bei 12,85 Prozent lag.¹⁰ Der Anstieg ist gemäß dem Integrierten Regionalen Entwicklungskonzept für den Landkreis Vorpommern-Greifswald neben der Zuwanderung von Flüchtlingen auch auf die Zuwanderung aus dem nahen Grenzgebiet Polen zurückzuführen. Beide Gruppen stellen den größten Anteil ausländischer Bevölkerung im Landkreis.¹¹(Abb. 4)

Abbildung 4: Anteile ausländischer Bevölkerung am 31.12.2017 in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern sowie des Statistischen Bundesamtes

1.3 Zukünftige Bevölkerungsentwicklung und -struktur

Die Bevölkerungsstruktur des Landkreises Vorpommern-Greifswald wird sich voraussichtlich bis 2030 deutlich verändern. (Abb. 5) Im Demographiebericht für den Landkreis Vorpommern-Greifswald der Bertelsmann Stiftung (2016) wurde für 2016 ein Altenquotient¹² von 39,8 festgestellt. Bis 2030 soll der Altenquotient auf 67,3 ansteigen und das Durchschnittsalter von 46,9 auf 49,9 Jahre steigen.¹³ Während die junge Bevölkerungsgruppe (0 bis unter 20-Jährige) relativ stabil bleibt, soll sich die Bevölkerungsgruppe der Senioren (über 65-Jährige) im Landkreis um fast ein Viertel erhöhen. Diese Entwicklungen würden sich in den einzelnen Gemeinden jedoch auf unterschiedliche Weise

⁹ Der Landkreis wurde im Zuge der Kreisgebietsreform am 4. September 2011 aus der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, den Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow sowie Teilen des Landkreises Demmin gebildet. Landkreis Vorpommern- Greifswald (2016):11

¹⁰ Daten des Statistischen Bundesamtes, z.T. eigene Berechnungen

¹¹ Landkreis Vorpommern (2018a): 27

¹² Anzahl der unter 65-jährigen auf 100 Personen im Erwerbstätigenalter (i.d.R. zwischen 20 und 64 Jahren)

¹³ Bertelsmann Stiftung (2016)

ausprägen: Im Amt Landhagen wird ein stark abweichender Wert von fast 70 Prozent Zuwachs erwartet, wohingegen er in der Stadt Wolgast bei nur knapp sieben Prozent liegen soll.

Neben der Zunahme der älteren und alten Bevölkerung wird mit einem Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter gerechnet. Im gesamten Landkreis soll diese Bevölkerungsgruppe um ca. 19 Prozent abnehmen. Auch diese Entwicklungen sind lokal unterschiedlich stark ausgeprägt. Während für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald ein schwacher Rückgang (um ca. sechs Prozent) prognostiziert wird, wird in Strasburg (Uckermark) mit ca. -40 Prozent ein mehr als doppelt so hoher Rückgang erwartet.

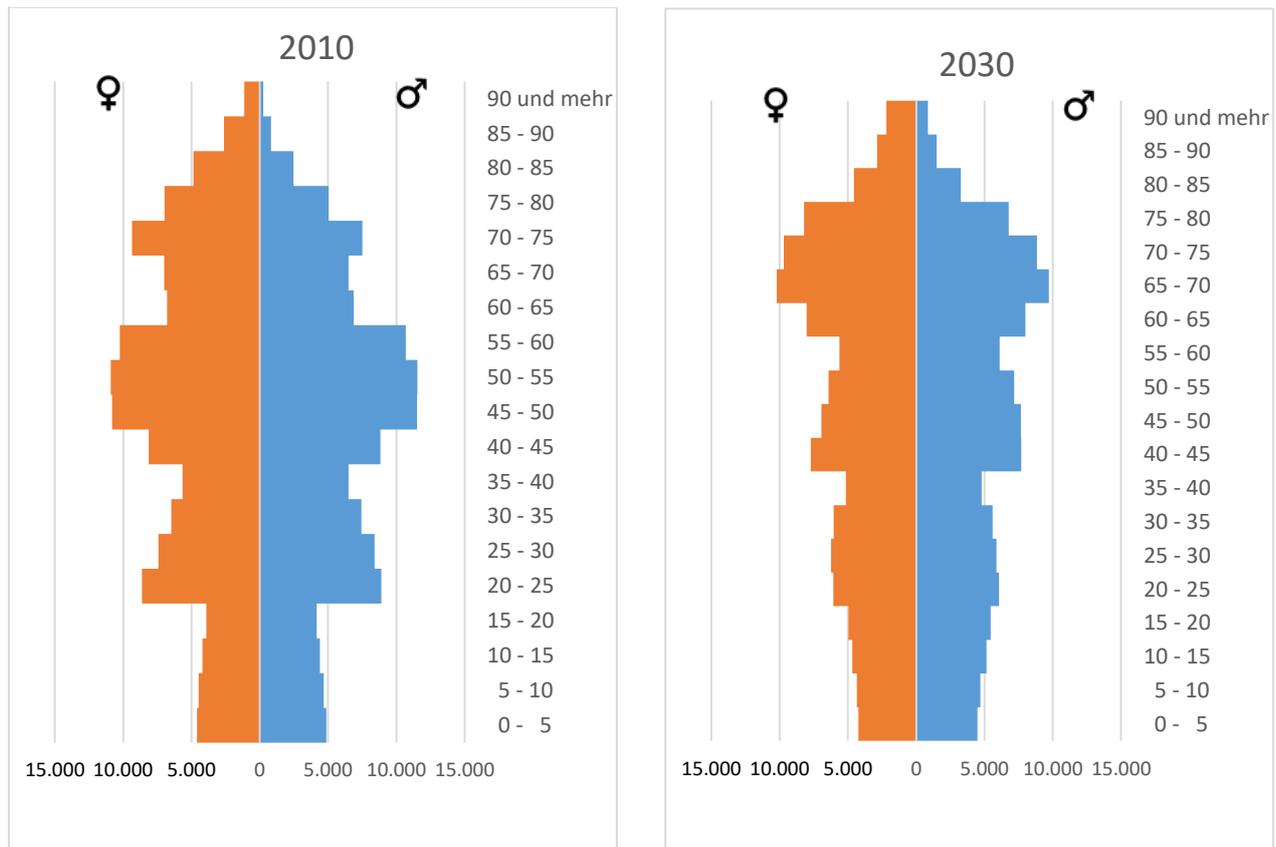
Bezüglich der Geschlechterverhältnisse innerhalb der Bevölkerungsgruppen wird ein ausgeglichenes Bild erwartet: Bei den Personen im erwerbsfähigen Alter liegt der Anteil der männlichen Personen etwas über dem Durchschnitt, bei knapp über 20 Prozent, der Anteil der weiblichen Bevölkerung bei ca. 17,5 Prozent. Es zeigt sich nur ein geringfügiger Überschuss an Männern im jungen Alter.

Innerhalb des Landkreises Vorpommern-Greifswald gibt es deutliche Unterschiede bezüglich der Bevölkerungsentwicklungen, mit „günstigeren“ Entwicklungen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bzw. auf der Insel Usedom und „ungünstigeren“ Entwicklungen im mittleren und südlichen Landkreis. In den Teilräumen im Südwesten und der Mitte des Landkreises wie Strasburg (Uckermark), Torgelow-Ferdinandshof, Uecker-Randow-Tal und Anklam-Land werden überdurchschnittlich hohe Verluste prognostiziert.

Wie im Entwicklungskonzept angeführt, kann der Bevölkerungsrückgang auf die natürlichen Bevölkerungsverluste zurückgeführt werden, also die Tatsache, dass die Sterberate über der Geburtenrate liegt. Nicht zurückzuführen ist er auf die Wanderungssalden. Diese sollen auch zukünftig positiv ausfallen und dämpfen somit die Bevölkerungsverluste des Landkreises.¹⁴

¹⁴ Landkreis Vorpommern-Greifswald 2018a

Abbildung 5: Bevölkerungsstruktur nach Altersgruppen und Geschlecht im Landkreis Vorpommern-Greifswald 2010 und 2030



Quelle: Eigene Darstellung nach Statistik des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern, basierend auf der aktualisierten 4. Landesprognose (Basisjahr 2010)

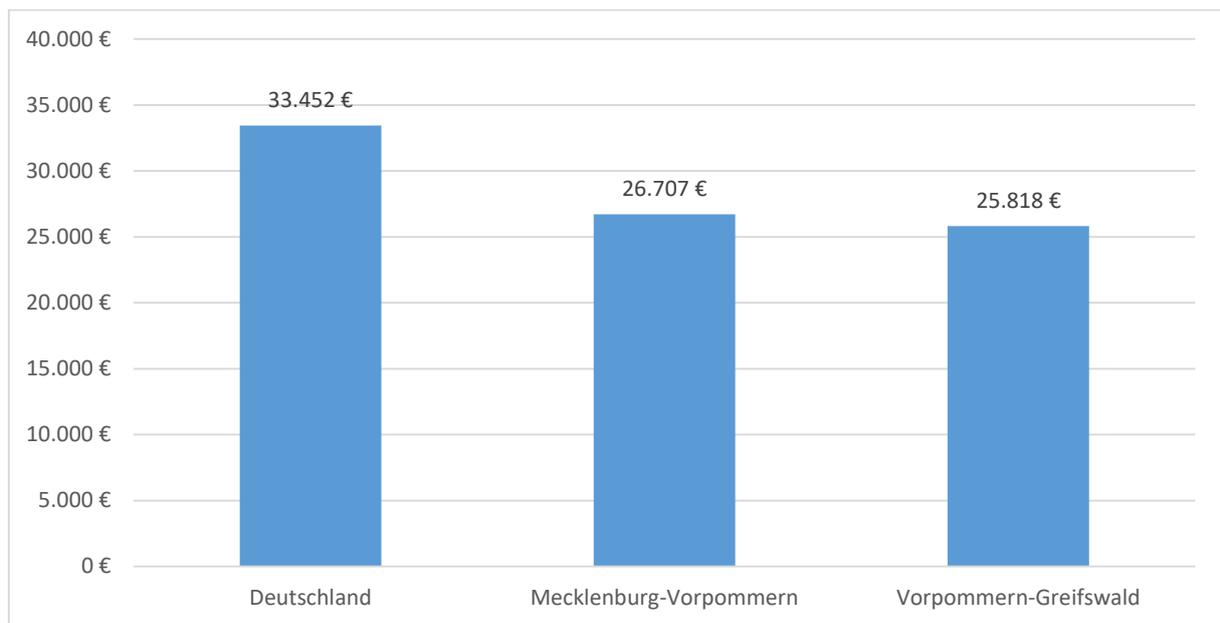
1.4 Wirtschaftliche Lage

1.4.1 Einkommen

Der Bruttolohn der Arbeitnehmer im Landkreis Vorpommern-Greifswald ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Dennoch ist festzuhalten, dass der durchschnittliche Bruttoverdienst im Landkreis Vorpommern-Greifswald im Jahr 2016 ca. drei Prozent unter dem des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern liegt und fast 30 Prozent unter Bundesdurchschnitt.¹⁵

¹⁵ Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2018d

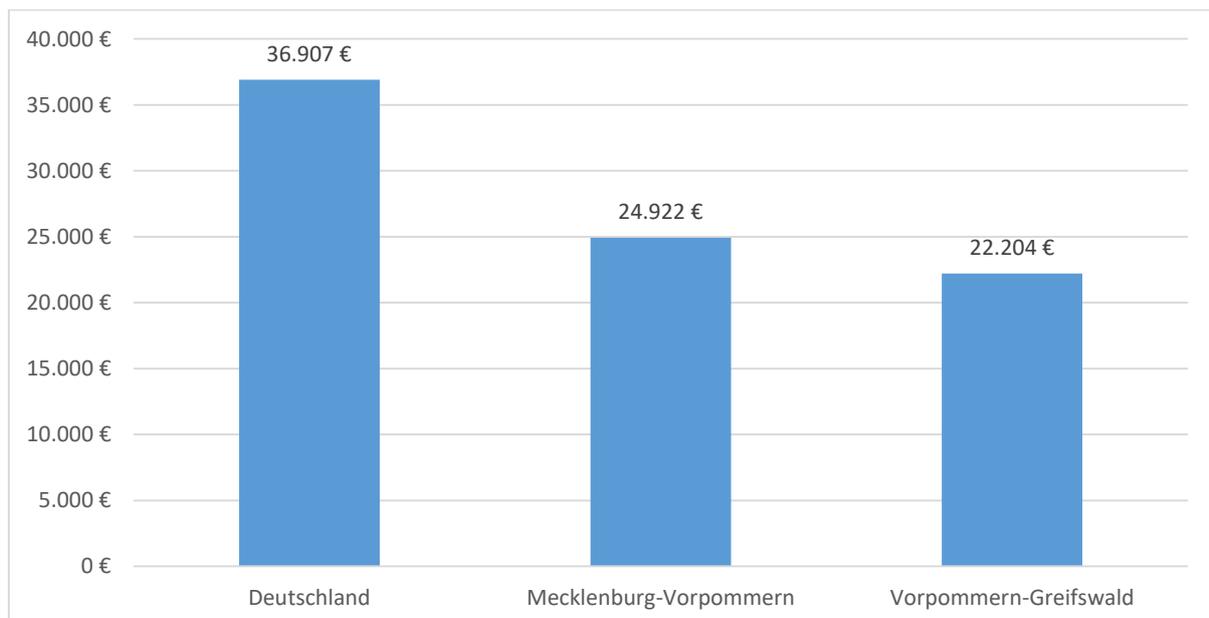
Abbildung 6: Durchschnittliche Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer im Jahr 2016 im Vergleich



Quelle: Eigene Darstellung nach Statistik des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern und des Statistischen Bundesamtes

Das Einkommen der Arbeitnehmer spiegelt im Regelfall nur Einkommen wider, welche in nichtselbstständiger Erwerbsarbeit erzielt werden, weshalb ein weiterer Indikator zur Beurteilung des Wohlstandes im Landkreis herangezogen werden soll. Um den Wohlstand im Landkreis umfassender beurteilen zu können, wird das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner als zusätzlicher Indikator herangezogen.

Abbildung 7: Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2015 pro Einwohner im Vergleich



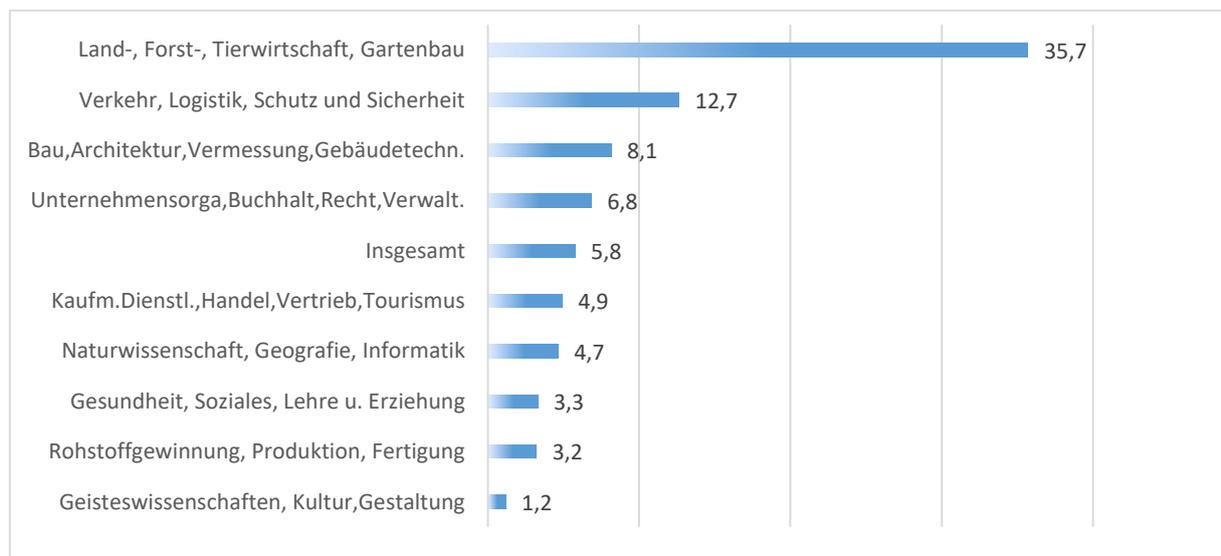
Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Wie aus Abbildung 7 ersichtlich, ist das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Vorpommern-Greifswald mit 22.204 € weitaus geringer als das deutsche mit 36.907 € und liegt somit 40 Prozent unter Bundesdurchschnitt. Das Bruttoinlandsprodukt von Mecklenburg-Vorpommern liegt 32 Prozent darunter. Sowohl Bruttolöhne als auch Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner weisen auf eine geringe wirtschaftliche Stärke des Landkreises und der Region im Vergleich zu Deutschland hin.

1.4.2 Fachkräftesituation

Ein Engpass innerhalb einer Berufsgruppe besteht nach Definition des Instituts der Deutschen Wirtschaft, wenn weniger als zwei gemeldete Arbeitslose auf eine gemeldete Arbeitsstelle kommen.¹⁶ Nach dem Arbeitsmarktreport 2019 für den Landkreis Vorpommern-Greifswald ist dies für den Sektor „Geisteswissenschaften, Kultur, Gestaltung“ zutreffend. In diesem Berufsbereich kommen lediglich 1,2 gemeldete Arbeitslose auf eine gemeldete Arbeitsstelle:

Abbildung 8: Arbeitslose je gemeldeter Arbeitsstelle nach Berufsbereichen absteigend sortiert



Quelle: Angepasste Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktreport Vorpommern-Greifswald Januar 2019

1.4.3 Arbeitslosenquote

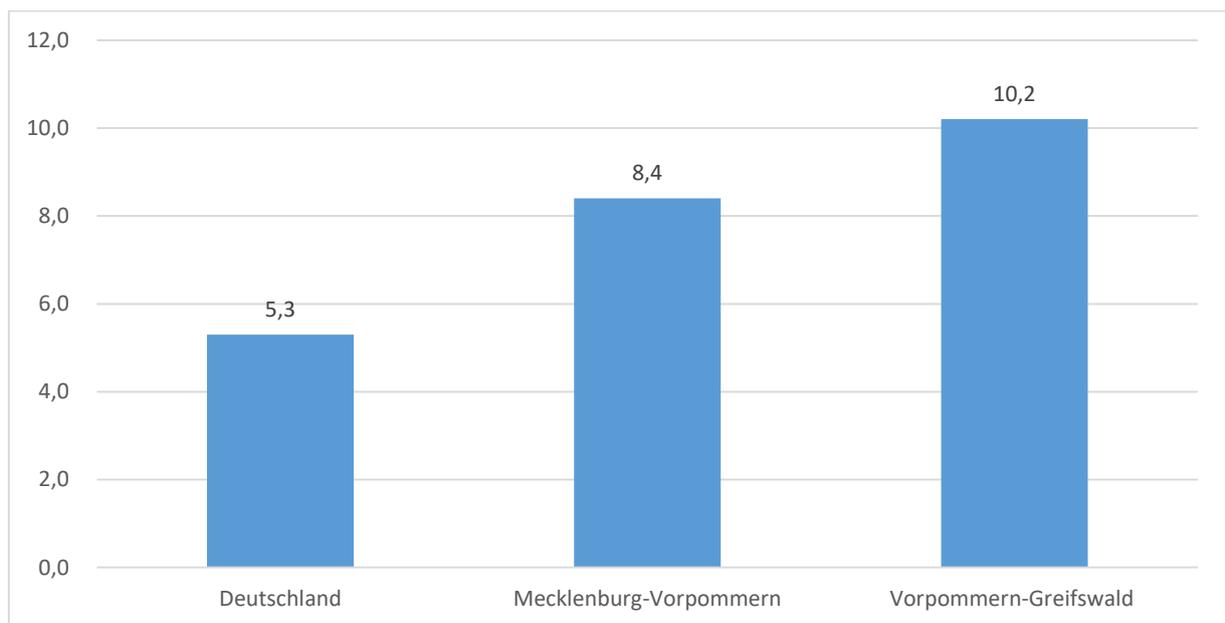
Die Arbeitslosenquote einer Region stellt ebenfalls einen Indikator für die wirtschaftliche Lage einer Region dar. Bei einem hohen Anteil an Arbeitslosen sind geringere Steuereinnahmen und höhere kommunale Ausgaben zu erwarten, als bei einem geringen Anteil Arbeitsloser, der in der Regel einen Indikator für einen gut ausgelasteten Arbeitsmarkt darstellt.

¹⁶ Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. 2017: 7

Die Arbeitslosenquote in Vorpommern-Greifswald lag 2016 noch bei rund 14 Prozent und pendelt seit diesem Zeitpunkt in einem Bereich zwischen zehn und acht Prozent, hat folglich tendenziell abgenommen.¹⁷

Sowohl die Arbeitslosenquoten von Mecklenburg-Vorpommern, als auch die von Vorpommern-Greifswald liegen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Während Mecklenburg-Vorpommern 3,1 Prozent darüber liegt, ist der Stand in Vorpommern-Greifswald fast doppelt so hoch.

Abbildung 9: Arbeitslosenquote Januar 2019 im Vergleich

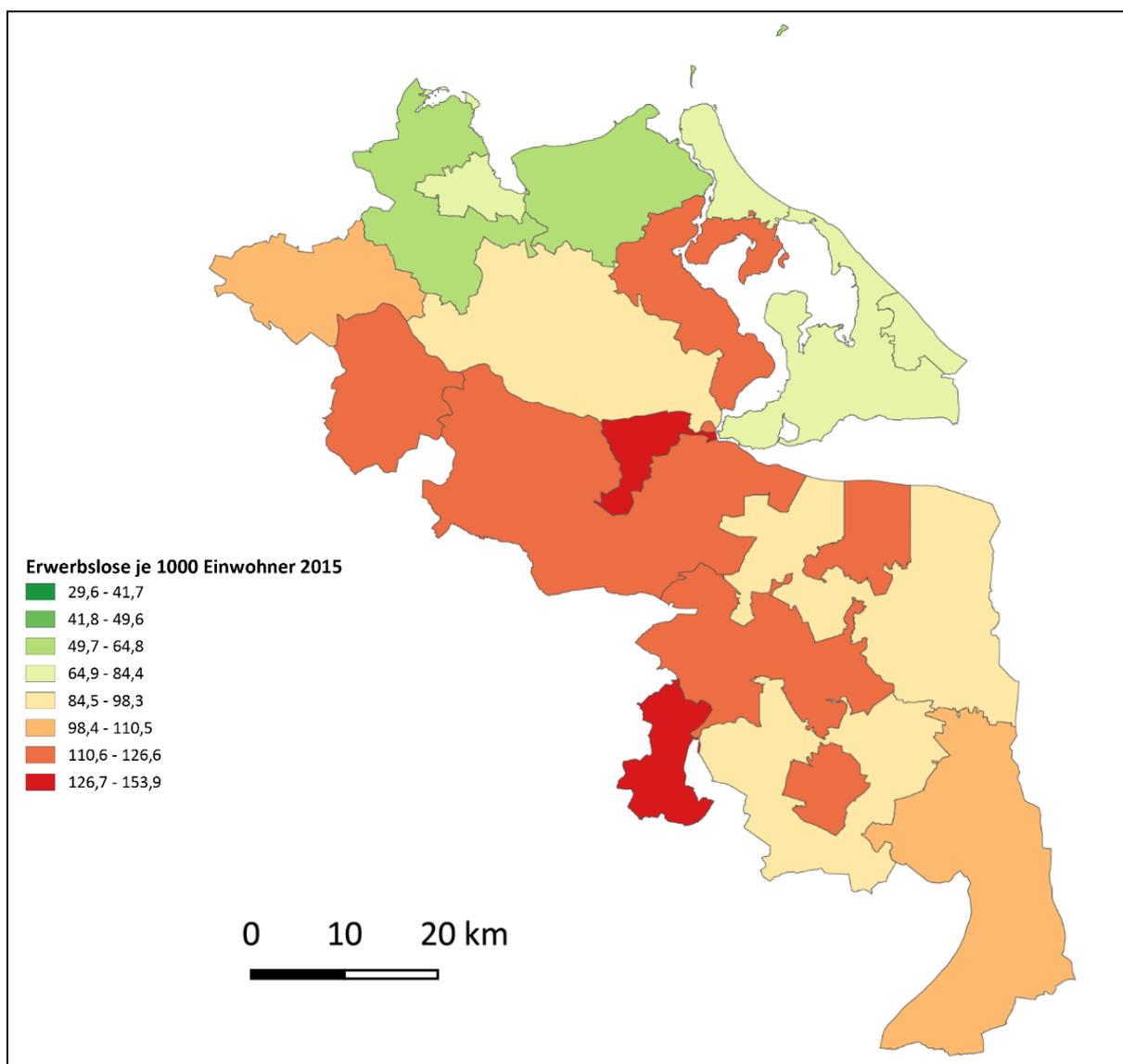


Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Bundesagentur für Arbeit

Neben anderen genannten Parametern ist auch die Erwerbslosigkeit in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich stark ausgeprägt und konzentriert sich, wie in der folgenden Grafik abgebildet, im Süden des Landkreises (Abb. 10):

¹⁷ Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 10: Erwerbslose je 1000 Einwohner 2015 im Landkreis Vorpommern-Greifswald



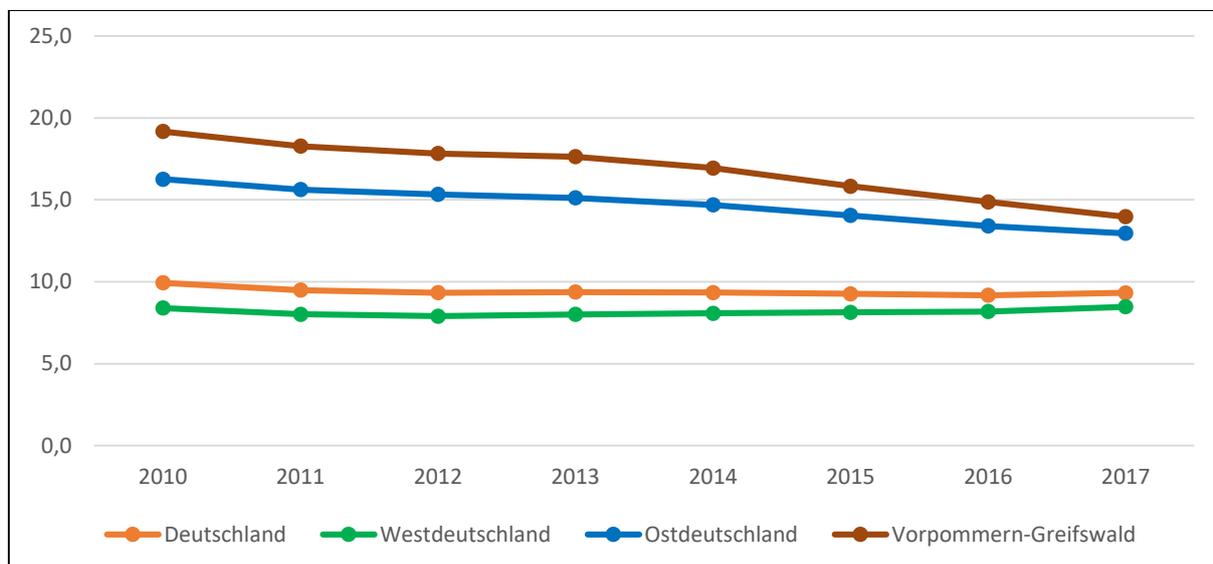
Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Bundesagentur für Arbeit

1.4.4 Transferleistungen

Leistungsbezieher nach Sozialgesetzbuch II (SGB II)

Der Anteil der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Personen des Landkreises Vorpommern-Greifswald, die unter 65 Jahre alt sind und Leistungen nach SGB II beziehen, ist von 2010 bis 2017 insgesamt um 5,2 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang ist deutlich stärker als auf Bundesebene, auf welcher die Quote im gleichen Zeitraum um 0,6 Prozent gesunken ist und 2017 bei 9,3 Prozent lag. Die Quoten von Vorpommern-Greifswald und Ostdeutschland entwickelten sich seit 2010 stetig negativ und haben sich damit im Jahr 2017 dem west- und gesamtdeutschen Trend angenähert, liegen jedoch nach wie vor deutlich darüber.

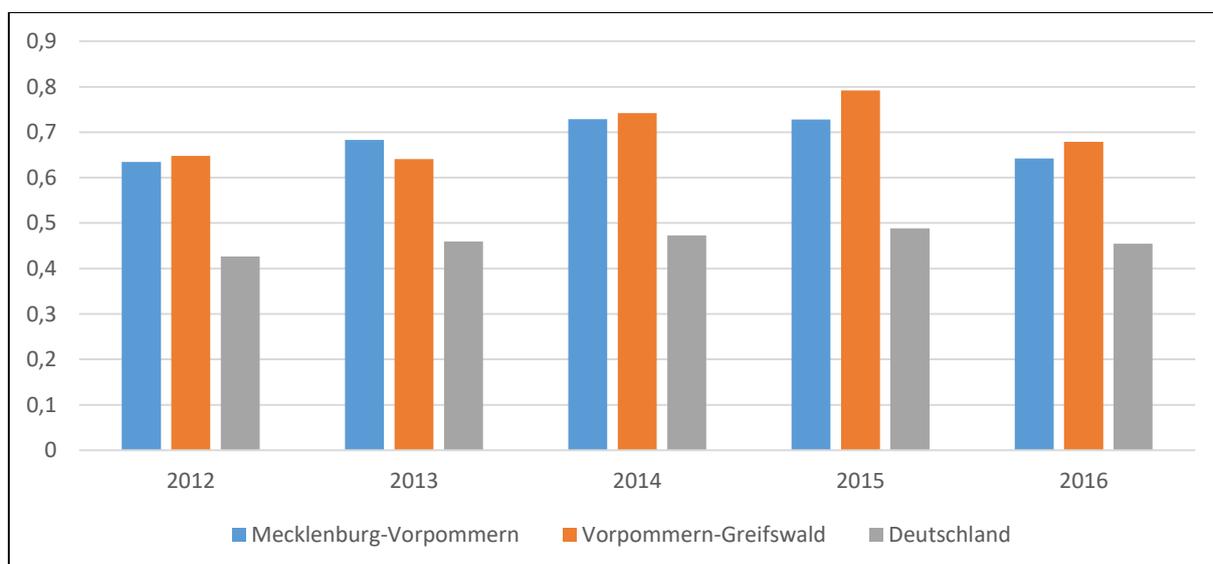
Abbildung 11: Anteil der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Personen des Landkreises Vorpommern-Greifswald im SGBII an den unter 65-jährigen in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Bundesagentur für Arbeit

Auch der Anteil derjenigen Personen, die Hilfen zum Lebensunterhalt in Anspruch nehmen ist im betrachteten Zeitraum leicht gesunken, liegt jedoch in Mecklenburg-Vorpommern und Vorpommern-Greifswald etwas höher als im Durchschnitt von Deutschland. Anspruch auf eine solche bedarfsbezogene Unterstützung haben Personen, die den notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können.

Abbildung 12: Anteil der Personen des Landkreises Vorpommern-Greifswald mit Hilfen zum Lebensunterhalt an der Gesamtbevölkerung in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Regionaldatenbank Deutschland

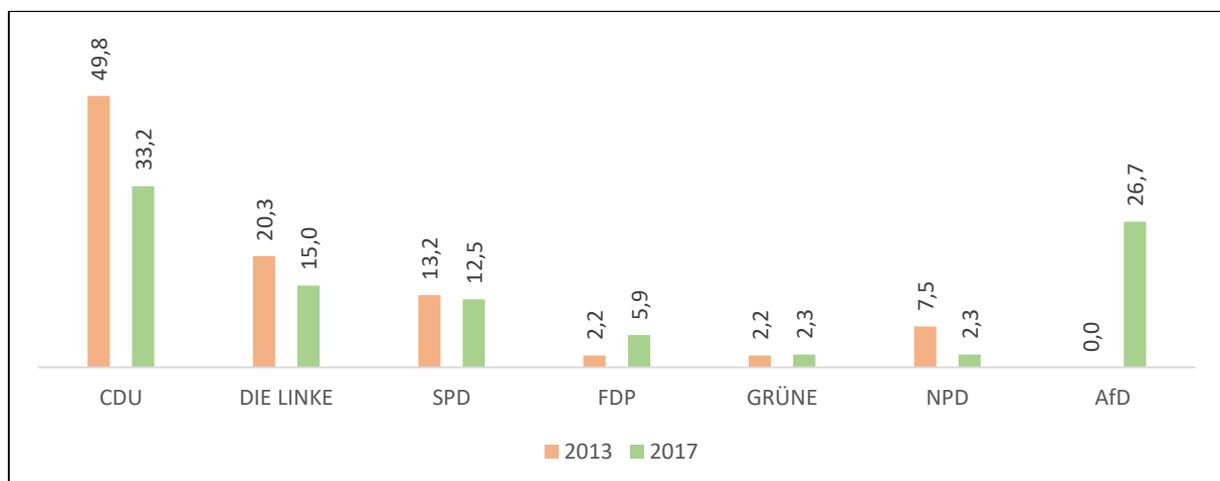
2016 betrug der Anteil der Personen mit Hilfen zum Lebensunterhalt an der Gesamtbevölkerung in Deutschland 0,42 Prozent und lag im Zeitraum 2012 – 2016 durchschnittlich 0,24 Prozentpunkte unter dem des Landkreises Vorpommern-Greifswald.

1.5 Wählerverhalten

1.5.1 Letzte Wahlergebnisse

Vergleicht man die Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2013 und 2017, lassen sich deutliche Veränderungen erkennen, insbesondere bezüglich der Anteile von CDU und AfD an den Wählerstimmen. Die CDU verlor im Landkreis Vorpommern-Greifswald, der zum Wahlkreis 1: Vorpommern-Rügen/Vorpommern-Greifswald gehört, von 2013 bis 2017 durchschnittlich 16,5 Prozent der Wählerstimmen. Die Verluste schwankten in den einzelnen Wahlbezirken zwischen zwei Prozent (Koblentz) und bis zu 32,5 Prozent (Sauzin). Lediglich in einem Ort im Landkreis (in Glasow) konnte die CDU 2,2 Prozentpunkte gewinnen. Die Partei AfD, die im Wahljahr 2017 erstmals mit einem Direktkandidaten im Landkreis Vorpommern-Greifswald antrat, erhielt bei der Bundestagswahl 6,7 Prozent (Iven) und 48,7 Prozent (Garz) der Erststimmen.

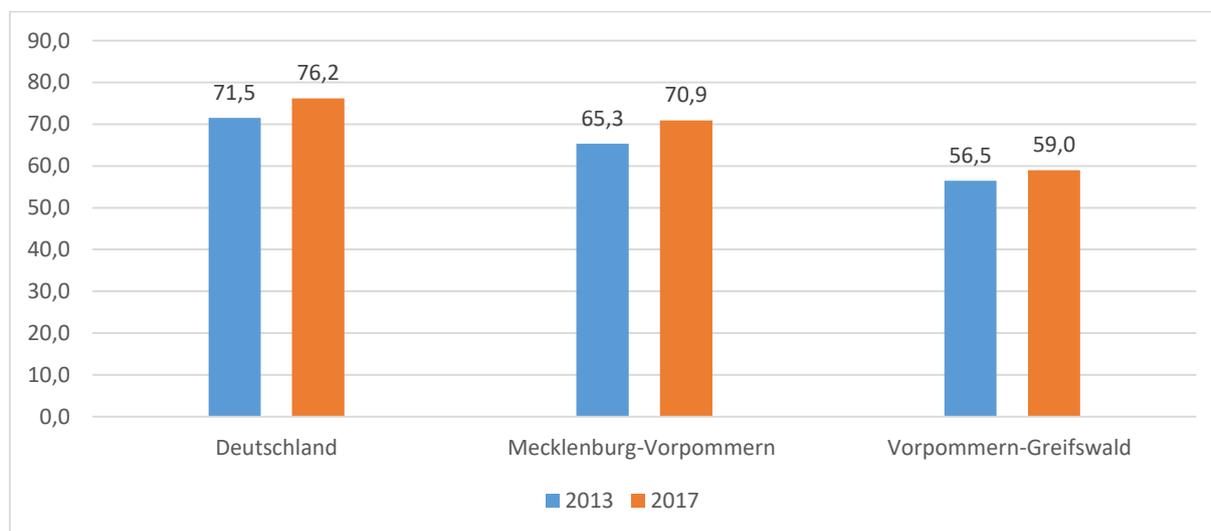
Abbildung 13: Ergebnisse der Bundestagswahlen 2013 und 2017 im Landkreis Vorpommern-Greifswald



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern (Mittelwert aus Ergebnissen der Gemeinden)

1.5.2 Entwicklung der Wahlbeteiligung

Abbildung 14: Wahlbeteiligung bei den Bundestagwahlen 2013 und 2017 im Vergleich



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Bundesamtes (Der Bundeswahlleiter) und Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern

Die Wahlbeteiligung der Wahl zum Deutschen Bundestag hat sich von 2013 auf 2017 sowohl in Vorpommern-Greifswald, als auch in Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland insgesamt erhöht. 2017 liegt die Wahlbeteiligung in Vorpommern-Greifswald dabei 17,2 Prozent unter Bundesdurchschnitt. Innerhalb des Landkreises fiel die Verteilung der Wahlbeteiligung durchaus unterschiedlich aus. Sie bewegt sich zwischen 44,2 Prozent in Jarmen-Tutow und Uecker-Randow-Tal mit 72,4 Prozent Wahlbeteiligung. 2013 waren es 40,6 Prozent in Anklam-Land und 78 Prozent Uecker-Randow-Tal.¹⁸

1.6 Zivilgesellschaftliches Engagement

Aufgrund der Stichprobengröße des Freiwilligensurvey 2014, der derzeit die aktuellste Datengrundlage zu zivilgesellschaftlichem Engagement darstellt, können die Daten an dieser Stelle nicht auf Landkreisebene dargestellt werden, sondern es werden zur Beschreibung stellvertretend die Daten der Bundesländer genutzt. Bei Betrachtung dieser Statistiken ist grundsätzlich zu bedenken, dass diese Statistiken einen sehr verallgemeinernden Blick auf die Region werfen. Die tatsächliche Situation kann sich in einzelnen Gemeinden sehr unterschiedlich darstellen und sollte von daher insbesondere in Bezug auf die Engagementförderung stets individuell für jede Gemeinde betrachtet werden, um Maßnahmen auf das örtlich gebundene Engagement abzustimmen.

¹⁸ Die Landeswahlleiterin

Der Anteil freiwillig engagierter Personen in Mecklenburg-Vorpommern (Engagementquote) liegt bei 42,8 Prozent. Damit liegt die Quote über jenen aller anderen ostdeutschen Bundesländer und 0,8 Prozentpunkte unter der deutschen Engagementquote (43,6 Prozent).¹⁹ Die Aktivitätsquote, also der Anteil öffentlich gemeinschaftlich aktiver Personen in Mecklenburg-Vorpommern beträgt 68,5 Prozent, während der Bundesdurchschnitt bei 70,2 Prozent liegt.²⁰ Bei den genannten Engagement-Indikatoren bewegt sich Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich der 16 Bundesländer im Mittelfeld.

Auch unterscheidet sich das Engagement je nach Geschlecht und Alter. Während sich in Mecklenburg-Vorpommern 47,1 Männer engagieren sind es bei den Frauen 38,7 Prozent. Auch hier lässt sich feststellen, dass der Anteil Engagierter in der Altersgruppe der unter 65-Jährigen deutlich geringer ist als in allen Altersgruppen darunter.²¹

¹⁹ Kausmann et al. 2019: 43

²⁰ Kausmann et al. 2019: 39

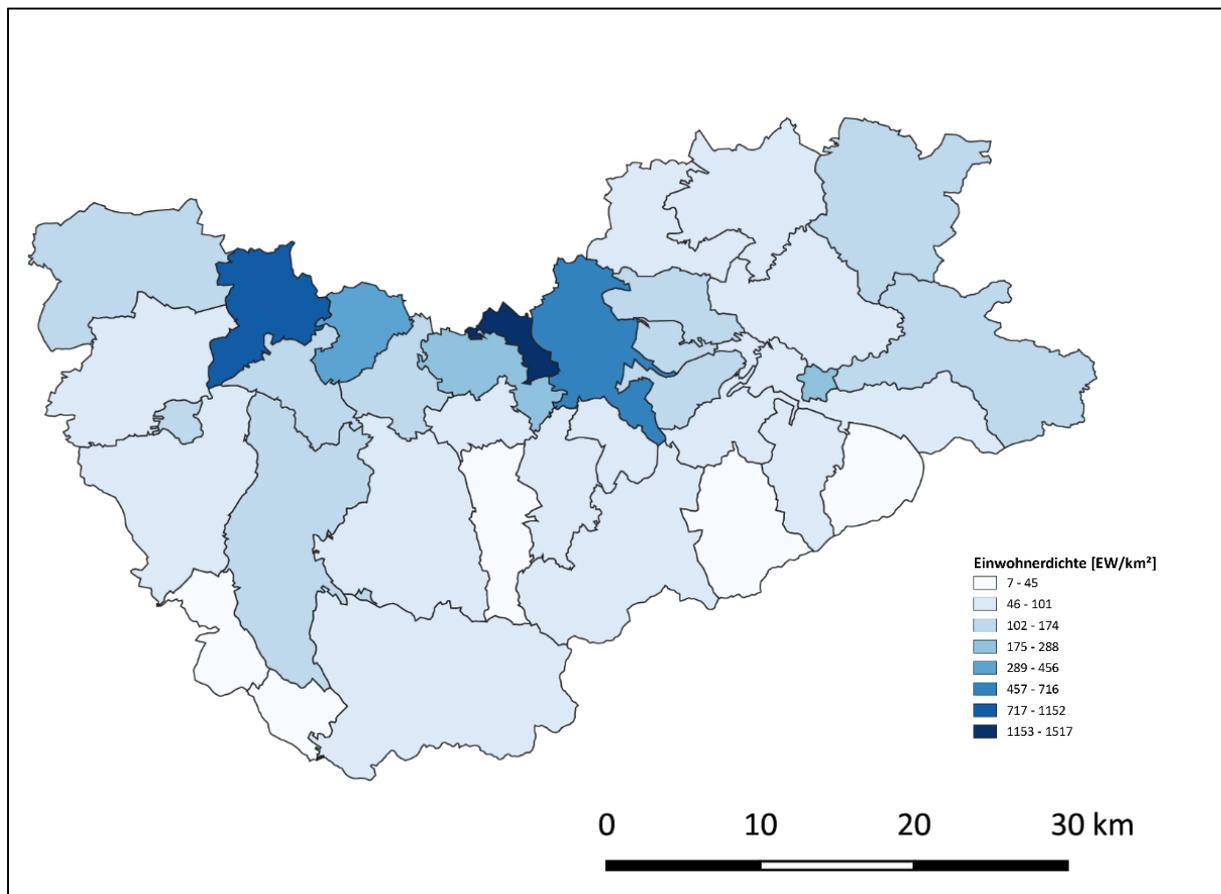
²¹ Kausmann, C. et al. 2017: 117f.

2 Bevölkerung und Soziale Lage Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

2.1 Einwohnerzahl und -dichte

Der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ist einer der 13 Landkreise des Bundeslandes Sachsen und hat eine Fläche von 1654,18 km². Am 30. Juni 2018 lebten 245.376 Einwohner im Landkreis, was einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 148 Einwohnern pro Quadratkilometer entspricht und damit die durchschnittliche Bevölkerungsdichte Sachsens mit 221 Einwohner pro km² sowie die Deutschlands mit 228 Einwohnern pro km² um etwa 35 Prozent unterschreitet. Über die einzelnen Gemeinden ist die Bevölkerungsdichte heterogen verteilt. Sie reicht von 34 Einwohnern pro km² in der am dünnsten besiedelten Gemeinde Rosenthal-Bielatal bis zu 1497 Einwohnern pro km² in der Stadt Heidenau als am dichtesten besiedelte Gemeinde.²² (Abb. 15)

Abbildung 15: Bevölkerungsdichten Landkreis SOE nach Gemeinden am 31.12.2017



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen

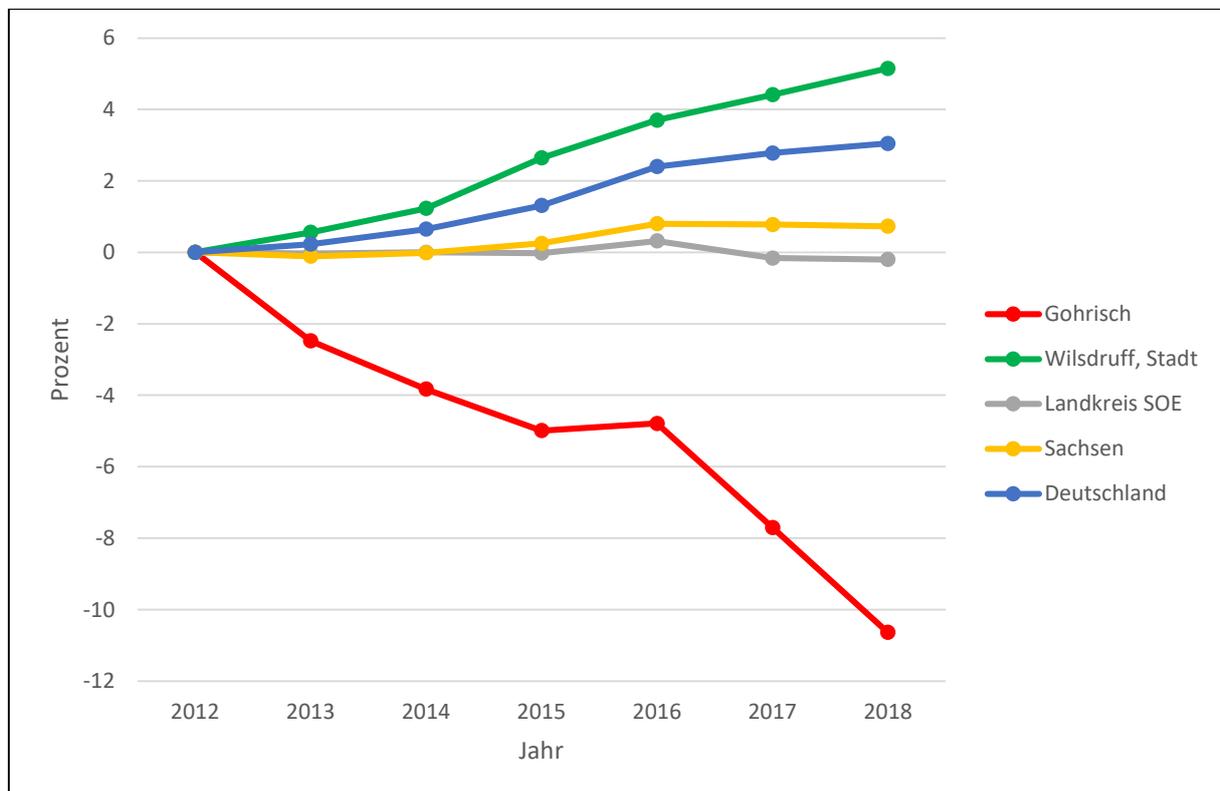
²² Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Statistisches Bundesamt

2.2 Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur

2.2.1 Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungszahl im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ist von 245.865 Einwohnern im Jahr 2012 auf 245.376 Einwohner im Jahr 2018 geringfügig gesunken. Sie steht damit dem Trend eines leichten Anstiegs der Bevölkerungszahl im Freistaat Sachsen um 0,7 Prozent und dem etwas stärkeren Anstieg in Deutschland um etwa drei Prozent im gleichen Zeitraum entgegen. Betrachtet man die einzelnen Gemeinden des Landkreises, lässt sich eine heterogene Verteilung der Bevölkerungsentwicklung feststellen. Den stärksten Bevölkerungsverlust in diesem Zeitraum hat die Gemeinde Gohrisch mit 10,6 Prozent zu verzeichnen, wogegen die Stadt Wilsdruff den stärksten Bevölkerungsanstieg 5,2 Prozent hat. (Abb. 16)

Abbildung 16: Prozentuale Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge im Vergleich

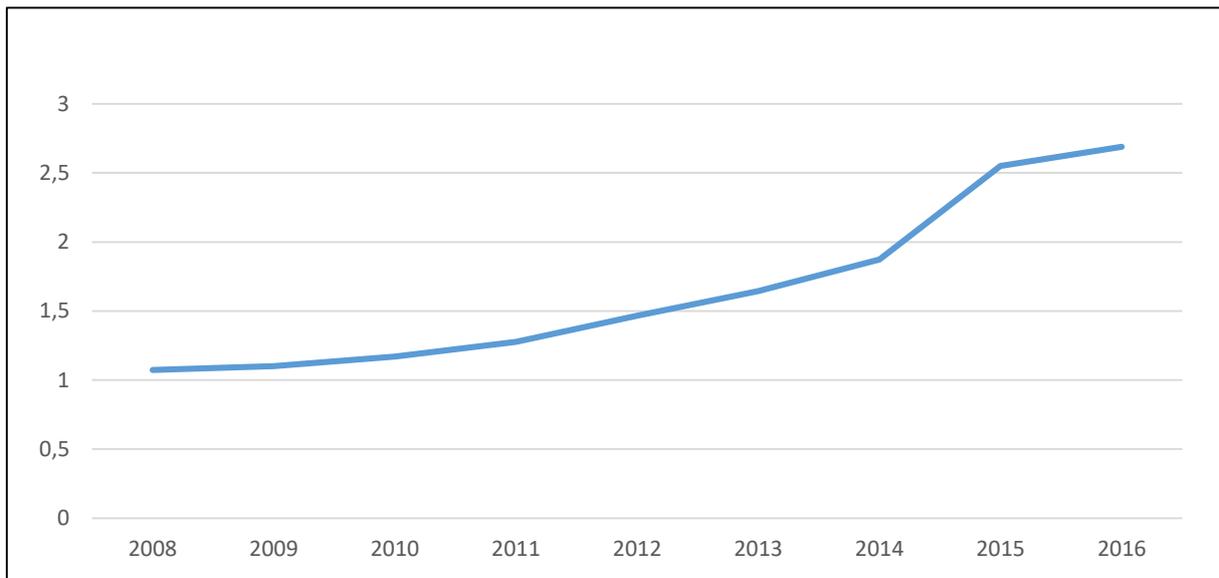


Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen sowie des Statistischen Bundesamtes

2.2.2 Anteil ausländischer Bevölkerung

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat von 2008 bis 2016 um etwa 1,5 Prozent zugenommen und lag somit 2016 bei 2,7 Prozent. Im deutschen Durchschnitt erhöhte sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung im selben Zeitraum um etwa vier Prozent. Dieser Anstieg ist auf die erhöhte Zuwanderung nach Deutschland ab dem Jahr 2015 zurückzuführen. (Abb.17)

Abbildung 17: Entwicklung des Anteils der ausländischen Bevölkerung im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

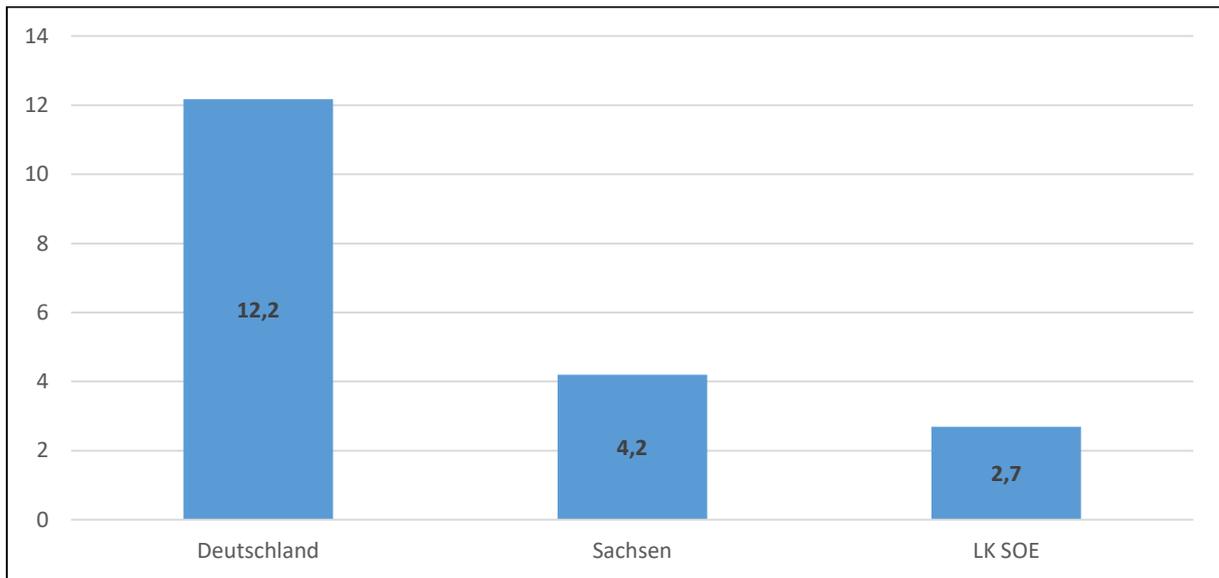


Quelle: Statistisches Bundesamt

Es ist festzuhalten, dass der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge auch im Jahr 2016 mit 2,7 Prozent deutlich niedriger war als der Anteil in Deutschland insgesamt, welcher zu diesem Zeitpunkt bei 12,2 Prozent lag.²³ (Abb. 18)

²³ Daten des Statistischen Bundesamtes, z.T. eigene Berechnungen

Abbildung 18: Anteile ausländischer Bevölkerung im Vergleich am 31.12.2017 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Sächsischer Ausländerbeauftragter

2.2.3 Bevölkerungsstruktur

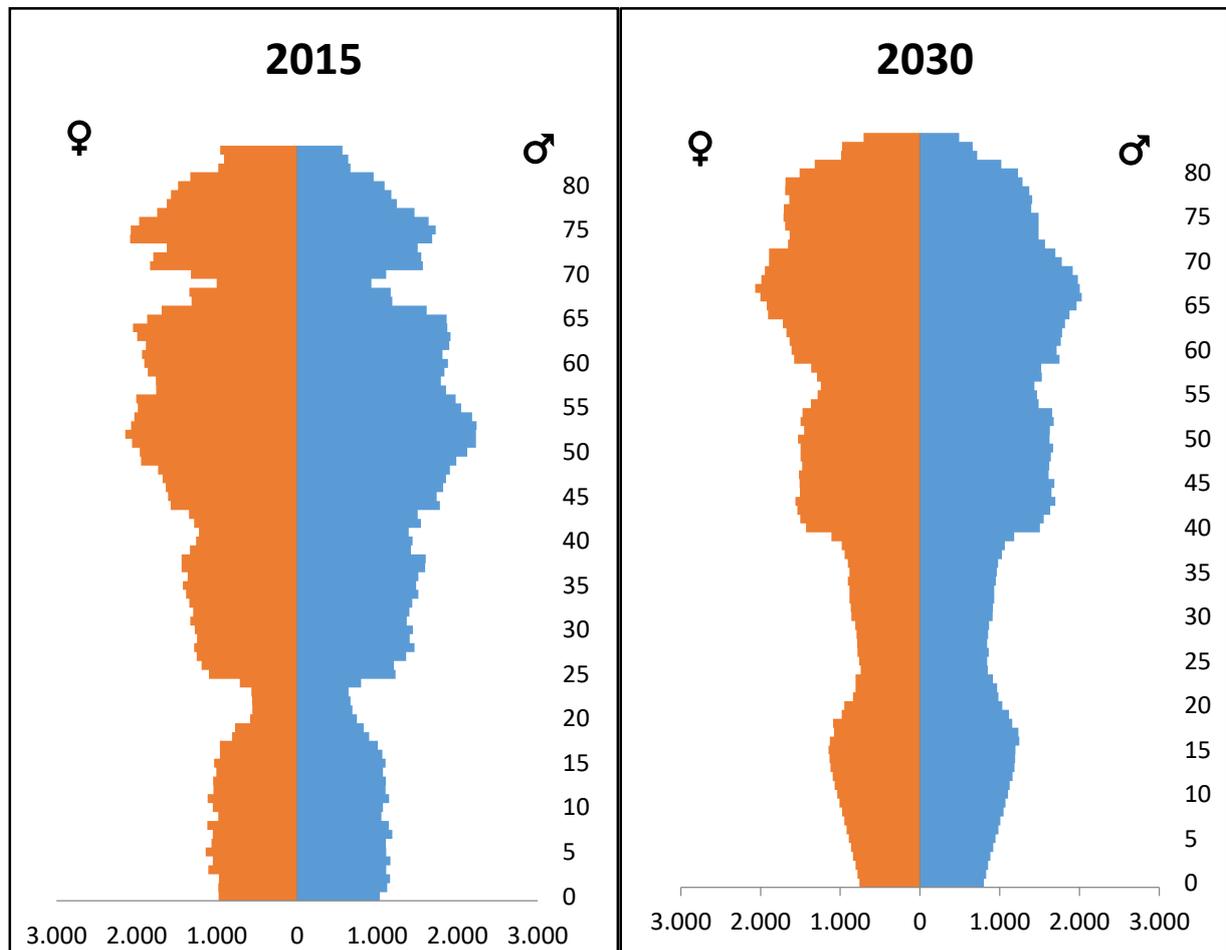
Die Bevölkerungsstruktur des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge wird sich bis 2030 deutlich verändern. Insgesamt ist mit einem weiteren Rückgang der Bevölkerung um bis zu 6,1 Prozent zu rechnen.²⁴ In der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen wird ein Anstieg des Durchschnittsalters von 47,4 Jahren in 2014 auf 49,5 in 2030 für den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge prognostiziert, der Altenquotient wird im gleichen Zeitraum voraussichtlich von 45,0 über 65-jährigen auf 100 Einwohner im Erwerbstätigenalter auf 65,5 ansteigen. Der Altenquotient für Deutschland soll im Jahr 2030 deutlich darunter bei 51 liegen²⁵ und

²⁴ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2016: 8f

²⁵ Eigene Berechnung nach Daten des Statistischen Bundesamtes

im Freistaat Sachsen wird der Altenquotient zu diesem Zeitpunkt voraussichtlich bei 58,7 liegen.²⁶ (Abb. 19)

Abbildung 19: Bevölkerungsstruktur im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 2015 und 2030



Quelle Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Landesamtes Sachsen

2.3 Arbeit

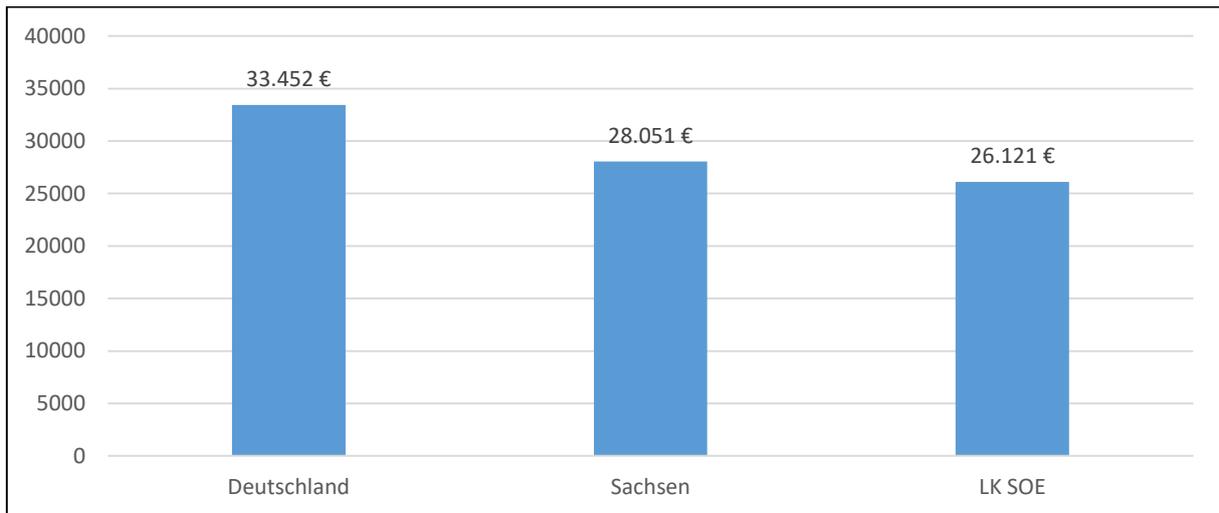
2.3.1 Einkommen

Der durchschnittliche Bruttoverdienst im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge lag im Jahr 2016 mit 26.121 € circa sieben Prozent unter dem Durchschnitt des Freistaates Sachsen und fast 22 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von 33.452 €. ²⁷ (Abb.20)

²⁶ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2016: 21

²⁷ Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamtes

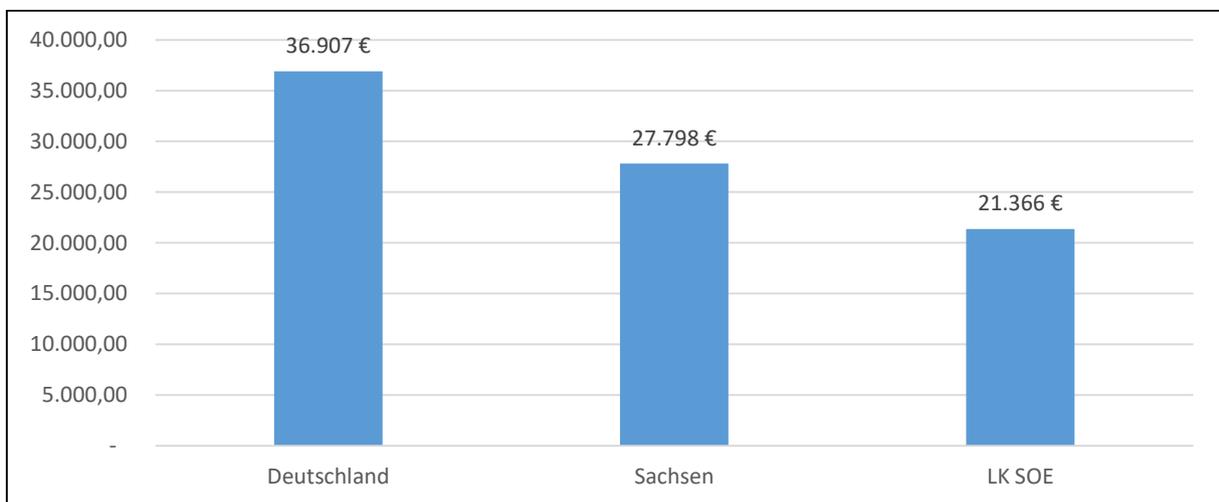
Abbildung 20: Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer im Jahr 2016 im Vergleich



Quelle: Eigene Darstellung nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit und des Statistischen Bundesamtes

Auch die Betrachtung des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf für den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge deutet auf die im Vergleich zu Deutschland geringe wirtschaftliche Stärke der Region hin. Das BIP pro Einwohner betrug im Jahr 2015 21.366 € und lag damit etwa 42 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von 36.907 €. (Abb. 21)

Abbildung 21: BIP 2015 pro Einwohner im Vergleich



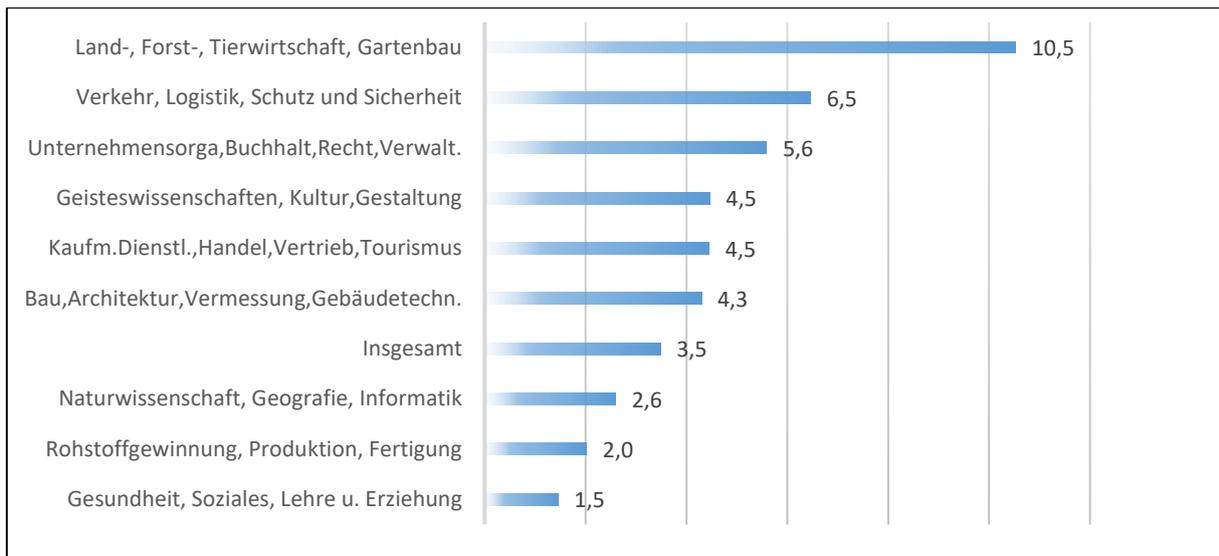
Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von INKAR

2.3.2 Fachkräftesituation

Ob innerhalb bestimmter Berufsgruppen ein Mangel an Fachkräften besteht, wird daran gemessen, wie viele angemessen qualifizierte gemeldete Arbeitslose auf eine gemeldete Stelle in dem jeweiligen Berufsbereich kommen. Nach der Definition des Instituts der Deutschen Wirtschaft spricht man von

einem Engpassberuf, wenn weniger als zwei gemeldete Arbeitslose auf eine gemeldete Arbeitsstelle kommen. Diese Situation gilt im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge für Berufe in der Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung mit zwei Arbeitslosen pro gemeldeter Stelle und in größerem Maße für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen sowie in Lehre und Erziehung in besonderem Maße mit 1,5 gemeldeten Arbeitslosen pro gemeldeter Stelle.

Abbildung 22: Arbeitslose je gemeldeter Arbeitsstelle im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge nach Berufsbereichen absteigend sortiert

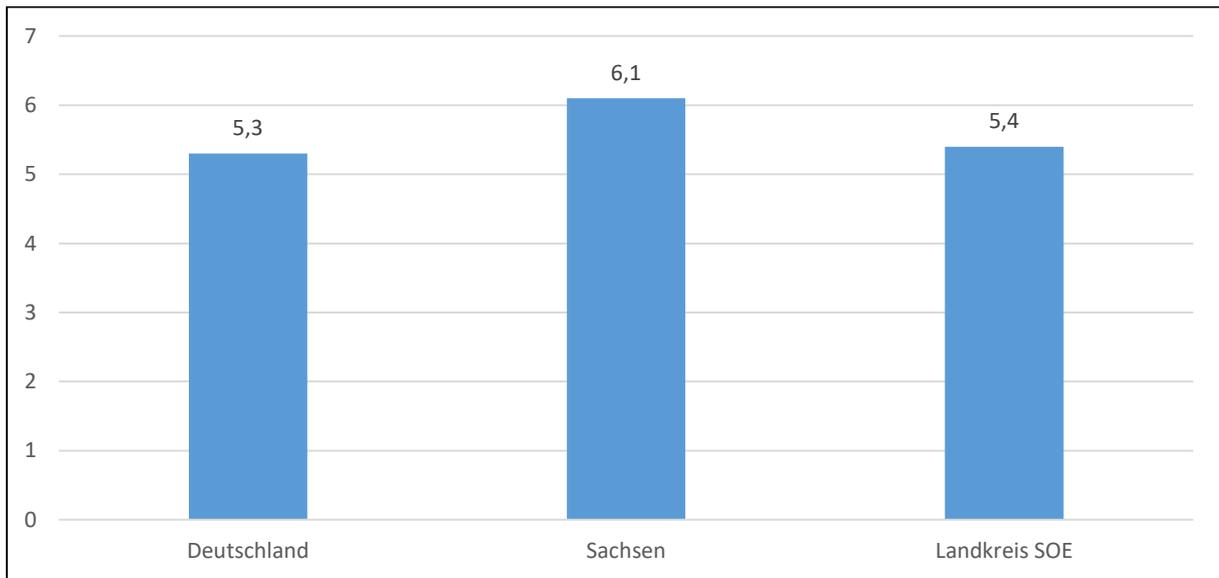


Quelle: Angepasste Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktreport Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Januar 2019

2.3.3 Arbeitslosenquote

Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge lag die Arbeitslosenquote im Januar 2019 bei 5,4 Prozent und damit nur unbedeutend über dem Bundesdurchschnitt von 5,3 Prozent. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Sachsen wurde um 0,6 Prozentpunkte unterschritten. (Abb.23)

Abbildung 23: Arbeitslosenquote Januar 2019 im Vergleich

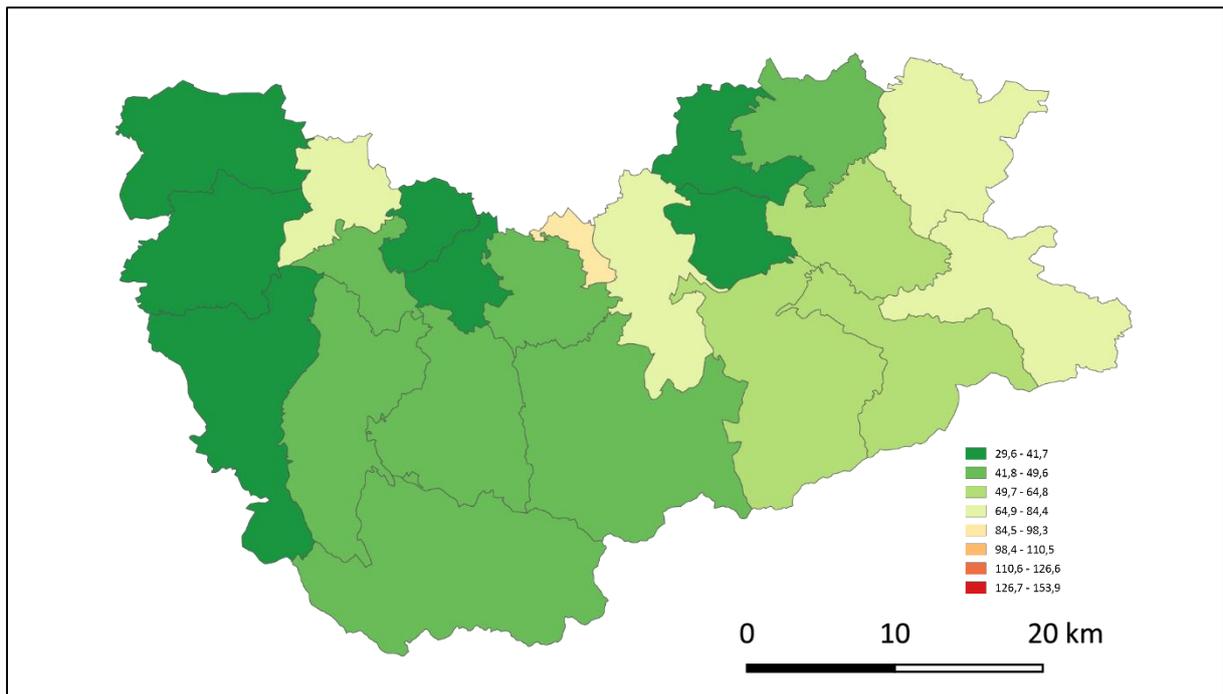


Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Bundesagentur für Arbeit

Der Anteil der Arbeitslosen ist über die Gemeinden des Landkreises ungleich verteilt. Im Jahr 2015 wurden in der Gemeinde Kreischa im Durchschnitt 29,6 Arbeitslose auf 1.000 erwerbsfähige Einwohner verzeichnet, in der Gemeinde Heidenau dagegen 92. Bei der Interpretation dieser Werte als Arbeitslosenquoten ist auf Grund der sehr kleinen regionalen Einheiten (< 15.000 abhängige zivile Erwerbspersonen) Zurückhaltung geboten, da die Bezugsgrößen aufgrund der eingesetzten Schätzverfahren nicht durchgängig valide und daher nicht immer für die Berechnung von Arbeitslosenquoten geeignet sein könnten.²⁸ (Abb. 24)

²⁸ Information der Bundesagentur für Arbeit, Statistikservice Südost

Abbildung 24: Erwerbslose auf 1000 erwerbsfähige Einwohner im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 2015

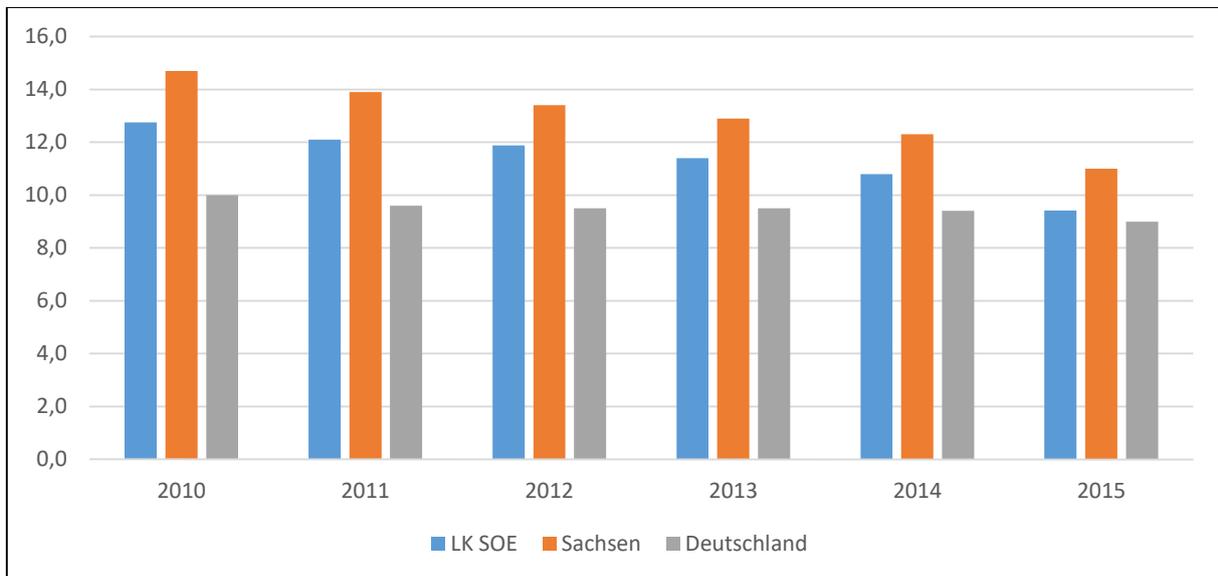


Datenquelle: INKAR, Karte erstellt mit QGIS

2.4 Leistungsbezieher nach SGB II

Der Anteil der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Personen des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge unter 65 Jahren, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II beziehen ist von 2010 bis 2015 insgesamt um 26 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang ist deutlich stärker als auf Bundesebene, auf welcher die Quote im gleichen Zeitraum um 10 Prozent gesunken ist. Die Quoten haben sich damit im Jahr 2015 deutlich angenähert waren mit 9,0 Prozent auf Bundesebene und 9,4 Prozent im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge fast gleich. (Abb.25)

Abbildung 25: Anteil der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Personen des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Sachsens und Deutschlands im SGBII an den unter 65-jährigen in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des BBSR im BBR (2018)

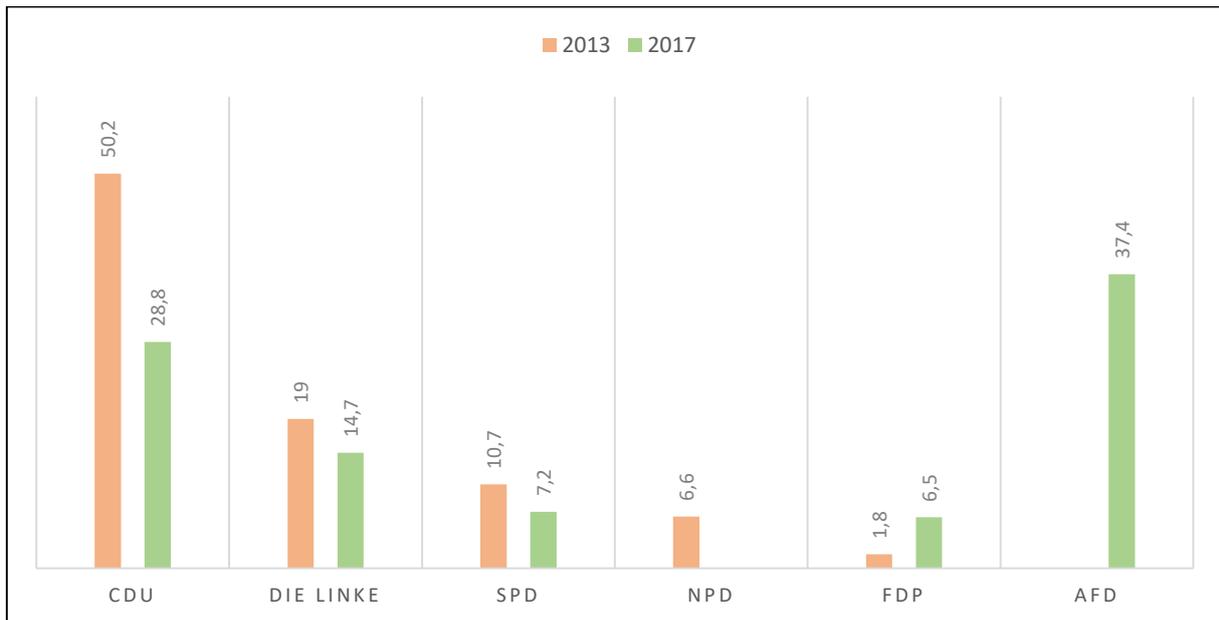
2.5 Wählerverhalten

Betrachtet man die Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2013 und 2017 im Vergleich, lassen sich deutliche Veränderungen erkennen, insbesondere bezüglich der Anteile von CDU und AfD an den Wählerstimmen. Die CDU verlor im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge von 2013 bis 2017 durchschnittlich 21,4 Prozent der Wählerstimmen. Die Verluste schwankten in den einzelnen Wahlbezirken zwischen 15,7 Prozent (Hermsdorf) und bis zu 28,1 Prozent (Dohma, Stadt Wehlen). Die AfD, die im Wahljahr 2017 erstmals mit einem Direktkandidaten im Landkreis SOE antrat, konnte bei den Erststimmen zwischen 33,2 Prozent (Tharandt) und 46,2 Prozent (Rathmannsdorf) für sich gewinnen. (Abb. 26)

Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 lag im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge bei 77,2 Prozent und damit sowohl über der Wahlbeteiligung in Sachsen (75,4 Prozent) und über dem deutschen Durchschnitt (73,2 Prozent).²⁹

²⁹ Statistisches Bundesamt/Bundeswahlleiter

Abbildung 26: Ergebnisse der Bundestagswahlen 2013 und 2017 im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen

2.6 Zivilgesellschaftliches Engagement in Zahlen

Die Engagementquote in Sachsen liegt bei 38,3 Prozent, was deutlich hinter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 43,6 Prozent zurückbleibt. Betrachtet man die Quote der Menschen, die öffentlich gemeinschaftlich aktiv sind, ist die Differenz geringer. So sind in Sachsen 67,5 Prozent öffentlich gemeinschaftlich aktiv, im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil um 2,7 Prozentpunkte höher.³⁰

Der Anteil von Männern, die sich freiwillig engagieren, liegt mit 41,6 Prozent deutlich über dem Anteil engagierter Frauen (35,2 Prozent). Ähnlich wie im Bundesdurchschnitt lässt sich sagen, dass auch in Sachsen der Anteil Engagierter in der Altersgruppe der über 65-Jährigen deutlich geringer ist als in allen Altersgruppen darunter.

³⁰ Kausmann, C. et al. 2017: 147

3 Zivilgesellschaftliches Engagement

3.1 Definition

Innerhalb der Auseinandersetzung mit dem Begriff des zivilgesellschaftlichen Engagements soll zunächst definiert werden, was unter Zivilgesellschaft verstanden wird, da dieses Konstrukt die Voraussetzung für zivilgesellschaftliches Engagement darstellt. Unter Zivilgesellschaft versteht man laut dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung „einen Bereich innerhalb der Gesellschaft, der zwischen dem staatlichen, dem wirtschaftlichen und dem privaten Sektor angesiedelt ist. Die Zivilgesellschaft umfasst die Gesamtheit des Engagements der Bürger eines Landes – zum Beispiel in Vereinen, Verbänden und vielfältigen Formen von Initiativen und sozialen Bewegungen. Dazu gehören alle Aktivitäten, die nicht profitorientiert und nicht abhängig von parteipolitischen Interessen sind.“³¹

Der Begriff des zivilgesellschaftlichen Engagements kann derzeit noch nicht mit einer allgemeingültigen Definition beschrieben werden. Es existieren Definitionen verschiedener Herkunft und Versuche der Abgrenzung zu ähnlichen Begrifflichkeiten wie freiwilliges Engagement oder Ehrenamt, welche an dieser Stelle kurz zusammengefasst werden sollen. Da in der Literatur der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements mit dem des zivilgesellschaftlichen Engagement in der Regel gleichgesetzt werden, werden sie auch in dieser Arbeit synonym verwendet.

Es ist festzuhalten, dass der Begriff „zivilgesellschaftliches Engagement“ eher dazu genutzt wird, ein sozialwissenschaftliches Konstrukt zu beschreiben, als dass er den in diesem Kontext tätigen Menschen zur Selbstbeschreibung dient.³² Es handelt sich um einen breit angelegten Begriff, der möglichst alle Formen des Engagements aus und innerhalb der Bevölkerung einschließen soll. Dies beinhaltet sowohl gemeinwohlorientiertes und soziales Engagement als auch gesellschaftliche Verantwortungsübernahme und politische Beteiligung.³³

Der Begriff des Ehrenamtes lässt sich im wissenschaftlichen Diskurs dadurch vom bürgerschaftlichen Engagement abgrenzen, dass es vornehmlich für die Bezeichnung von Tätigkeiten verwendet wird, welche tatsächlich mit „Ehren“- also Führungs- und Repräsentationsfunktionen - verbunden sind, oder für welche man berufen bzw. gewählt werden muss.³⁴ Unter Ehrenämtern dieser Art sind beispielsweise verschiedene Ämter im Bereich der Kommunalpolitik vorstellbar.

³¹ Internetpräsenz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Definition abrufbar unter: <https://www.bmz.de/de/service/glossar/Z/zivilgesellschaft.html>, letzter Aufruf 11.03.2019

³² Olk/Hartnuß 2011:146

³³ Ebd.: 149

³⁴ Kubisch/Störkle 2016: 35

Einen Ausgangspunkt für freiwilliges Engagement stellt die öffentliche gemeinschaftliche Aktivität dar: Diese findet außerhalb von Beruf oder Familie statt und ist ebenfalls eine Form zivilgesellschaftlichen Handelns im Sinne einer Beteiligung.³⁵ Man versteht darunter, dass Personen in einem der gesellschaftlichen Engagementbereiche Sport, Kultur, Kirche, Schule, Gesundheit oder Soziales „mitmacht“, jedoch nicht unbedingt freiwillige Aufgaben oder Arbeiten übernimmt.³⁶ Darunter kann man sich beispielsweise die Teilnahme an Demonstrationen vorstellen. Auch Engagement in Bezug auf die Daseinsvorsorge lässt sich teilweise unter diesem Begriff verorten. Hierunter zählen beispielsweise Bürgerproteste oder –initiativen für oder gegen Einrichtungen oder Angebote der Daseinsvorsorge. Durch diese Art der Partizipation kann Fremdbestimmung abgebaut werden und die gemeinschaftliche Identität gestärkt werden.³⁷

2002 formulierte die Enquête-Kommission den Begriff bürgerschaftliches Engagement, um eine Abgrenzung zu traditionellen Konzepten von Ehrenamt herzustellen und stellte Kriterien zu dessen Beschreibung auf.³⁸ Diese wurden von der ersten Engagementberichtscommission 2012 als Grundlage für ihre Definition bürgerschaftlichen Engagements herangezogen:

1. Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillige Mitverantwortung im und für den öffentlichen Raum. Es reflektiert und anerkennt die Bürgerpflichten gegenüber dem Gemeinwesen. Es wird von Individuen und Organisationen erbracht.
2. Bürgerschaftliches Engagement ist strukturbildend, setzt wichtige Impulse für das gesellschaftliche Miteinander und generiert so positive externe Effekte für die Gesellschaft.
3. Bürgerschaftliches Engagement kann sich in kontinuierlichen Leistungen, Innovationen und Problemlösungen ausdrücken, mit denen primär kein finanzieller Nutzen angestrebt wird.
4. Bürgerschaftliches Engagement kann sowohl auf neue Formen der Regelfindung als auch auf die Gestaltung des Miteinanders innerhalb der staatlichen Rahmenordnung gerichtet sein.³⁹

Um bürgerschaftliches Engagement zu definieren, werden von Olk und Hartnuß drei Bedeutungskomponenten vorgeschlagen, welche dieses auszeichnen:

1. Die Ansiedlung innerhalb der Bürger- oder Zivilgesellschaft, also in einem gesellschaftlichen Bereich zwischen Privathaushalten, Markt und staatlicher Intervention,
2. die Lokalisation der Aktivitäten im öffentlichen Raum und

³⁵ Kausmann et al. 2017: 38

³⁶ Simonson et al. 2016:86

³⁷ BT-Drs. 18/11800: 328

³⁸ Düx 2018: 181

³⁹ Simonson et al. 2016: 29

3. die grundsätzliche Orientierung am Wohl Dritter.⁴⁰

Zivilgesellschaftliches Engagement kann einem demnach in vielfältigen Formen von Handlungen und Organisationen begegnen, was seine Erfassung zu einer Herausforderung macht. Die Daten, welche hier zur Beschreibung des zivilgesellschaftlichen Engagements verwendet werden, wurden zu großen Teilen in den Freiwilligensurveys erhoben, welche sich auf die Definition der Enquête-Kommission stützen. Die Definition von Olk und Hartnuß lässt eine breitere Vielfalt von Aktivitäten zu, welche man unter dem Begriff des zivilgesellschaftlichen Engagements zusammenfassen kann und schließt auch die öffentliche gemeinschaftliche Aktivität mit ein, da diese die drei Kriterien ebenfalls erfüllt. Mit diesem Hintergrund sollen nun mögliche Unterschiede im zivilgesellschaftlichen Engagement in Ost- und Westdeutschland betrachtet werden.

3.2 Zivilgesellschaftliches Engagement in Ost- und Westdeutschland

Der Anteil der Bevölkerung, der bereit ist, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren, bzw. der ein freiwilliges Engagement ausübt unterscheidet sich in den westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern signifikant. Zunächst ist festzuhalten, dass die Anteile engagierter Menschen sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland seit 1999 ansteigen. In den östlichen Bundesländern ist die Engagementquote von 27,9 Prozent im Jahr 1999 auf 38,5 Prozent im Jahr 2014 gestiegen. In den westlichen Bundesländern stieg sie im selben Zeitraum von 35,7 Prozent auf 44,8 Prozent. Auch wenn erkennbar ist, dass die Quote im Osten Deutschlands etwas stärker angestiegen ist, ist auch für das Jahr 2014 noch ein Unterschied von 6,3 Prozentpunkten zu verzeichnen.⁴¹

Betrachtet man die Quoten der Personen, die sich an öffentlich gemeinschaftlichen Aktivitäten beteiligen, war der Anteil 2014 in den östlichen Bundesländern (ohne Berlin) mit 66,6 Prozent ebenfalls geringer als in den westlichen Bundesländern (ohne Hamburg und Bremen) mit 72,1 Prozent.⁴²

Die Bereitschaft Nicht-Engagierter, sich freiwillig zu engagieren, wurde im Freiwilligensurvey 2014 ebenfalls erfragt. Die Anteile der nicht-engagierten Personen, die die Frage, ob sie bereit wären, sich freiwillig zu engagieren mit „Ja, sicher“ oder „Ja, vielleicht“ beantwortet haben, weisen ebenfalls ein Ost-West-Gefälle auf. Für die westlichen Bundesländer (ohne Hamburg, Bremen, Bayern und Schleswig-Holstein) liegt die Quote der Engagementbereitschaft bei 60,3 Prozent, in den östlichen Bundesländern (ohne Berlin) bei 52,4 Prozent.⁴³

⁴⁰ Olk/Hartnuß 2011: 150

⁴¹ Simonson et al. 2016: 559, 563

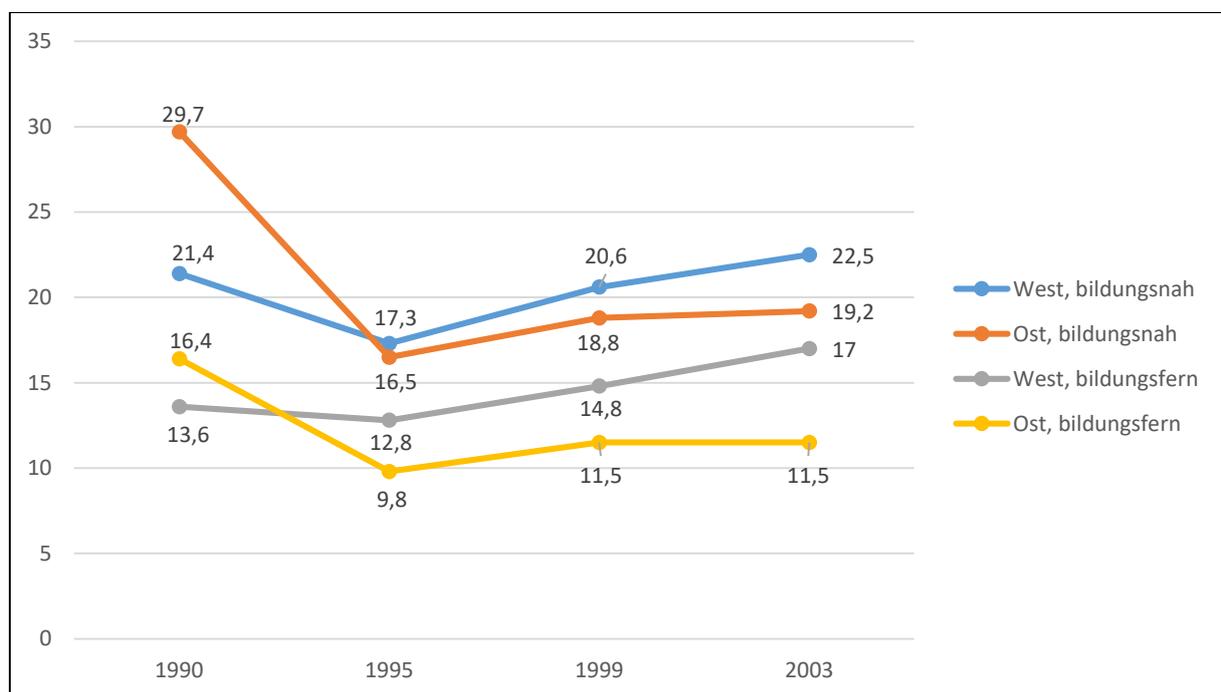
⁴² Kausmann et al. 2017: 39, eigene Berechnungen

⁴³ Kausmann et al. 2017: 48, eigene Berechnungen

Betrachtet man außerfamiliale instrumentelle Hilfeleistungen, sind die Anteile der Bevölkerung, welche sich in diesem Bereich engagieren, im Osten geringfügig (um 1,4 Prozent) höher als im Westen. Beim Engagement in der außerfamilialen Kinderbetreuung ist der Anteil der engagierten Menschen in den ostdeutschen Bundesländern um 2,9 Prozentpunkte höher als in den westdeutschen Bundesländern.⁴⁴

Diese Unterschiede zwischen Ost und West stellten sich jedoch nicht immer in dieser Form dar: Bis zur politischen Wende 1990 war das Engagement in Ostdeutschland deutlich höher – sogar höher als in Westdeutschland, wenn man die Daten des Sozioökonomischen Panels zu Grunde legt. (Abb. 27)

Abbildung 27: Engagement nach Bildung in Ost- und Westdeutschland von 1990-2003 in Prozent



Quelle: modifizierte Abbildung nach Corsten & Grümer 2010: 4; Datenquelle SOEP

In der Abbildung ist deutlich der massive Rückgang des zivilgesellschaftlichen Engagements in Ostdeutschland nach der politischen Wende zu erkennen. Dieser Rückgang wird in der Literatur darauf zurückgeführt, dass ein Großteil des zivilgesellschaftlichen Engagements vor dem Hintergrund staatsnaher Massenorganisationen stattfand. Diese wurden mit der politischen Wende abgebaut bzw. verloren viele ihrer Mitglieder.⁴⁵

Dafür, dass die Engagementquote in den ostdeutschen Bundesländern jedoch auch heute noch hinter der in den westdeutschen Bundesländern zurückbleibt, gibt es verschiedene Erklärungsansätze.

⁴⁴ Simonson et al. 2016: 571f

⁴⁵ Corsten & Grümer 2010: 2; BT-Drs. 18/11800: 182

Gensicke et al. haben in ihrer Untersuchung zum zivilgesellschaftlichen Engagement in Ostdeutschland einen stark positiven Zusammenhang zwischen politisch-öffentlichem Interesse und der Wahrscheinlichkeit, sich zu engagieren, herausgestellt. Noch im Jahr 2004 war es so, dass das Interesse an öffentlich-politischen Angelegenheiten in den ostdeutschen Bundesländern geringer war als im Westen Deutschlands und somit auch das zivilgesellschaftliche Engagement deutlich geringer ausgeprägt war. Das mangelnde Interesse an politischen Aktivitäten wird damit begründet, dass sowohl die Zufriedenheit mit als auch das Vertrauen in Politik im Osten Deutschlands geringer ist.⁴⁶ Es konnte ebenfalls festgestellt werden, dass das Bedürfnis nach Hilfe für sozial benachteiligte Menschen in Ostdeutschland wenig Vorhersagekraft für zivilgesellschaftliches Engagement hat, obwohl das Bedürfnis selbst ähnlich stark ausgeprägt ist. Dies lässt sich auf unterschiedliche Traditionen sozial-karitativen Engagements in Ost- und Westdeutschland zurückführen. In der DDR gab es keine Schicht unterschiedlichster sozial Schwacher wie es in der Bundesrepublik der Fall war, da für nahezu alle Bürger ein sozioökonomischer Mindeststandard gewährleistet wurde. Durch diesen Umstand lösten sich alte Traditionen des karitativen Engagements in Ostdeutschland weitgehend auf, während sie sich in Westdeutschland durch den Sozialstaat zwar abschwächten, jedoch stets gebraucht und vorhanden waren. Es ist zu vermuten, dass es viel Zeit erfordert, diese verlorenen Traditionen wiederzubeleben und entsprechende Strukturen zu etablieren.⁴⁷

Ein Teil zivilgesellschaftlichen Engagements ist eng an Religionsgemeinschaften gebunden. Die Bindung an Kirche und Religion ist jedoch im Osten Deutschlands wesentlich geringer, weshalb diese Institutionen im Regelfall eine schlechtere Infrastruktur aufweisen und auch weniger genutzt werden.⁴⁸ Im Rahmen einer qualitativen Betrachtung ergab sich, dass Engagement im Osten eher praxisorientiert ist und im Westen die Tendenz häufiger zu einer individuellen Positionierung ausgerichtet ist. Dies könnte dazu führen, dass im Westen Engagement zu einem größeren Anteil institutionell gebunden ist, weil diese Bindung erst eine Positionierung zulässt.⁴⁹

Einen weiteren Ansatz zur Erklärung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland stellen die bisher aufgedeckten Zusammenhänge zwischen der Wirtschaftskraft einer Region und der Engagementbereitschaft dar. Die höchsten Engagementquoten gibt es laut dem Freiwilligensurvey 2014 in wirtschaftsstarken Bundesländern wie Bayern oder Baden-Württemberg.⁵⁰ Die wirtschaftliche Situation wirkt sich unter anderem auf Angebotsstrukturen wie die Anzahl der Vereine oder auf die finanzielle Unterstützung von Projekten aus. Auch verschiedene Bereiche der Grundversorgung und

⁴⁶ Gensicke et al. 2009: 62

⁴⁷ Gensicke et al. 2009: 64

⁴⁸ Simonson et al. 2016: 575

⁴⁹ BT-Drs. 18/11800: 183

⁵⁰ Kausmann et al. 2019:67

die Infrastruktur einer Region sowie die Verfügbarkeit von Fördermitteln sind sehr stark abhängig von deren wirtschaftlicher Lage.⁵¹ Je weniger finanziellen Spielraum eine Kommune hat, desto weniger ist sie in der Lage, Mittel für diese Angebotsstrukturen zur Verfügung zu stellen. In den östlichen Bundesländern ist die Arbeitslosenquote im Mittel höher als in den westdeutschen Bundesländern. Das hat sowohl negative Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Kommune als auch auf die persönliche Motivation der Betroffenen, sich zu engagieren. Ist man von Arbeitslosigkeit betroffen oder befindet man sich in einem prekären Beschäftigungsverhältnis, ist die Bereitschaft sich freiwillig zu engagieren eher gering, da sehr viel Energie für die eigene materielle Existenzsicherung aufgewandt werden muss.⁵² Im Zusammenhang mit den Beschäftigungsverhältnissen im Osten Deutschlands nach der Wende gibt es einen weiteren Umstand, der sich wenig förderlich auf die Engagementbeteiligung auswirkt. Nach der Wende wurde Engagementprojekte häufig durch Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unterstützt, was eine Art fließenden Übergang zwischen prekären Beschäftigungsverhältnissen und freiwilligem Engagement geschaffen hat. Aus dieser Vorgehensweise resultieren zum Teil Erwartungen an finanzielle Gratifikationen, welche sich nachteilig auf die Beteiligung auswirken, wenn sie nicht erfüllt werden können.⁵³

Auch in den siedlungsräumlichen Strukturen kann nach Ursachen für die Unterschiede im zivilgesellschaftlichen Engagement in Ost und West gesucht werden. Stark ländlich geprägte Regionen mit Bevölkerungsrückgang findet man vorwiegend in den östlichen Bundesländern, wo sie sich nicht - wie in Westdeutschland - in größeren Ansiedlungen vereinen. Die infrastrukturellen Bedingungen in diesen Gebieten wirkt sich ebenfalls auf die Engagementquote aus.⁵⁴ In ländlichen Gebieten führen weite Wege für Schulbesuch oder Arbeitsweg zusätzlich dazu, dass generell weniger Zeit für freiwilliges Engagement zur Verfügung steht.⁵⁵ Auch die möglicherweise notwendige Überwindung weiter Strecken kann im ländlichen Raum ein Hemmnis für tatsächliches zivilgesellschaftliches Engagement sein, selbst wenn die Bereitschaft vorhanden ist. Der Anteil engagierter unter 65-jähriger ist im ländlichen Bereich größer als in der Stadt – dies könnte ein Beleg dafür sein, dass die Strukturen für das Engagement Älterer in Städten besser sind – zu nennen sind hier auch die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs.⁵⁶ In Ballungsräumen gibt es in der Regel eine höhere Zahl und Vielfalt zivilgesellschaftlicher Organisationen, welche dem Engagement Struktur verleihen. Demgegenüber könnte im ländlichen Bereich das Gefühl größerer sozialer Verpflichtung eher zu

⁵¹ Kausmann et al. 2019: 65

⁵² BT-Drs. 18/11800: 376

⁵³ BT-Drs. 18/11800: 183

⁵⁴ Simonson et al. 2016: 575

⁵⁵ BT-Drs. 18/11800: 371

⁵⁶ Simonson et al. 2016: 549

freiwilligem Engagement führen.⁵⁷ Es ist demnach wichtig, insbesondere unter ungünstigen räumlichen Bedingungen gute lokale Engagementförderung zu betreiben, um Menschen, die bereit sind, sich zu engagieren, in ihrem Vorhaben zu unterstützen.⁵⁸

Die Betrachtungen haben deutlich gemacht, dass die Gründe für die Unterschiede im zivilgesellschaftlichen Engagement in Ost- und Westdeutschland sehr vielfältig sind. Für manche Erklärungsansätze sind weiterführende Untersuchungen erforderlich, um die Zusammenhänge exakt beschreiben zu können. Für die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements ist es unabdingbar, die verschiedenen Einstellungen und Erwartungen zu zivilgesellschaftlichem Engagement zu kennen und sie bei der Entwicklung von Handlungsansätzen und Programmen in die Überlegungen einzubeziehen.

⁵⁷ Simonson et al. 2016: 541

⁵⁸ Simonson et al. 2016: 557

4 Aufsuchende Bildungsarbeit und mobile Bildungsarbeit

4.1 Prinzipien aufsuchender Bildungsarbeit

4.1.1 Demokratie und Bildung

Wie die Ständige Kultusministerkonferenz der Länder formuliert, lebt der „[...] freiheitliche demokratische Staat [...] von Voraussetzungen, die er als Staat allein nicht garantieren kann. Er ist darauf angewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger aus eigener Überzeugung freiwillig im Sinne der Demokratie handeln. Historisch politische Urteilsfähigkeit und demokratische Haltungen und Handlungsfähigkeit als Schlüsselkompetenzen müssen entwickelt und eingeübt werden.“⁵⁹

In einer Demokratie wird, wie es der aus dem Griechischen stammende Begriff indiziert, die Herrschaft vom Volk ausgeübt.⁶⁰ Jeder Einzelne hat viele Möglichkeiten, sich in politische Prozesse und Entscheidungen einzubringen. Bürgerschaftliche Partizipation/Teilhabe äußert sich nicht nur in der Inanspruchnahme von Beteiligungsrechten (aktives und das passives Wahlrecht, Versammlungsfreiheit, Demonstrationsrecht, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, Meinungs- und Informationsfreiheit sowie Petitionsrecht), sondern unter anderem auch in bürgerschaftlichem Engagement in Vereinen und Verbänden, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und in vielen anderen Zusammenhängen, welche die Demokratie erst beleben.⁶¹

Neben den Beteiligungsrechten bedarf die Umsetzung bürgerschaftlicher Partizipation vor allem eines Zugangs der Bürgerinnen und Bürger zu allgemeiner und zu politischer Bildung.⁶² Politische Bildung soll Menschen somit befähigen, (selbst-)reflexiv politisch zu Denken und zu Handeln.⁶³ Durch Politische Bildungsarbeit, schulisch oder außerschulisch sollen diese Kompetenzen vermittelt werden.

Politische Bildung ist von besonderem Interesse für den demokratischen Staat, da zu dessen „[...] Grundpfeilern nicht nur politische Institutionen gehören, sondern auch politisch interessierte und partizipierende Bürgerinnen und Bürger“. Somit erhalten und stabilisieren politische Bildung und Partizipation die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland.⁶⁴ Sie dient aber neben dem Staat auch den Bürgerinnen und Bürgern selbst, denn „politische Bildung ist Bestandteil gelingender, aufklärerischer und handlungsorientierter Lebensbewältigung in einer sich stark verändernden Welt.“⁶⁵

⁵⁹ Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2008)

⁶⁰ Frevel & Voelzke 2017: 4

⁶¹ Frevel & Voelzke 2017: 75/138

⁶² Frevel & Voelzke 2017:77

⁶³ Forum Politische Bildung 2008: 5

⁶⁴ Hadjar A.& Becker R. 2006: 179

⁶⁵ Tippelt & Schmidt-Hertha 2018: 1120

Im Bildungswesen wird in formale (u.a. Schulen) und non-formalisierte Bildungszugänge (z.B. Erwachsenenbildung, Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit) unterschieden.⁶⁶ Bildung kann in verschiedenen Zusammenhängen stattfinden und wird auf verschiedene Weisen vermittelt: Unter dem Stichwort „lebenslanges Lernen“ unterscheidet man zunächst zwischen *formalem* und *nicht-formalem* Lernen. Nach *Dohmen (2001)* bezeichnet formales Lernen „[...] das planmäßig organisierte, gesellschaftlich anerkannte Lernen im Rahmen eines von der übrigen Umwelt abgegrenzten öffentlichen Bildungssystems [...], während nicht-formales Lernen eine Sammelbezeichnung für alle Formen des Lernens ist, die außerhalb dieses formalisierten Bildungswesens (u.a. Schule) besteht. Neben diesen beiden Formen des Lernens findet zudem auch *informelles* Lernen statt, für das es unterschiedliche Definitionen gibt.⁶⁷ Die Europäische Kommission definiert den Begriff offiziell als „Lernen, das im Alltag, am Arbeitsplatz im Familienkreis oder in der Freizeit stattfindet. Es ist (in Bezug auf Lernziele, Lernzeit oder Lernförderung) nicht strukturiert und führt üblicherweise nicht zur Zertifizierung [...]“.⁶⁸ An die Form des informellen Lernens knüpft die politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit an, da die informelle Lernform stark mit Emotionen verbunden ist (mehr als rationales, wissenschaftsbezogenes Lernen) und somit großen Einfluss auf die Handlung der Adressaten hat.⁶⁹

Die politische Teilhabe der Zivilgesellschaft ist wesentlich für die Demokratie. Der Zugang zu allgemeiner und zu politischer Bildung ist deshalb grundlegend. Bildung ermöglicht es, eigene Interessen zu erkennen, zu bewerten und zu vertreten, sowie zu politischen Informationen (z.B. durch die Medien).⁷⁰

In den letzten Dekaden hat sich das gesellschaftliche Teilhabeverhalten in Deutschland jedoch deutlich gewandelt. Politische Aktivitäten werden nicht mehr unbedingt in Parteien und ihre Vorfeldorganisationen wie Gewerkschaften, Kirchen, Vereine oder Jugend- und Studentenorganisationen ausgeübt, sondern äußern sich aufgrund eines Strukturwandels heutzutage „unkonventioneller, punktueller und zeitlich begrenzter“.⁷¹

Es wird zudem davon ausgegangen, dass ein Zusammenhang zwischen Bildungsstand und politischer Partizipation besteht.⁷² Die Ungleichheit von Bildungsniveaus und Bildungschancen innerhalb der Gesellschaft, man spricht hier auch von einer Bildungsschere, hat zur Folge, dass Angehörige der mittleren und oberen Bildungs- und Einkommensschichten der Gesellschaft sich wesentlich häufiger

⁶⁶ Thiersch 2015: 385f.

⁶⁷ Dohmen 2001: 18

⁶⁸ Europäische Kommission 2001: 33

⁶⁹ Dohmen 2001: 129

⁷⁰ Frevel & Voelzke 2017: 77f.

⁷¹ Vorländer 2017: 79

⁷² Allmendinger et al.2018: 63

an der Politik beteiligen als solche, die die Bildung betreffend dem unteren Drittel der Gesellschaft zugerechnet werden.^{73,74} Hier kann insbesondere aufsuchende Bildungsarbeit ansetzen und mit niederschweligen innovativen Strukturen und Angeboten auch „Bildungsferne“ Bürger/innen erreichen, um so einer weiteren Öffnung dieser sogenannten Bildungsschere entgegenwirken.⁷⁵

4.1.2 Aufsuchender Ansatz in der Bildungsarbeit

Das professionelle Konzept der *aufsuchenden Arbeit*, ist eine Methode der Sozialen Arbeit. Der Ansatz wird bereits seit den 1980er Jahren zunehmend und insbesondere in den Arbeitsfeldern *Streetwork* und *mobile Jugendarbeit*, aber auch institutionell und in der Erwachsenenbildung angewandt und ist historisch eng mit dem Konzept von Streetwork bzw. Straßensozialarbeit oder Gassenarbeit (schweizerischer Begriff) verbunden.^{76,77}

Aufsuchende Soziale Arbeit unterscheidet sich von einrichtungsbezogener Arbeit in dem sie sozialräumlich-orientiert arbeitet, ihre Adressaten an ihren öffentlichen Aufenthaltsorten bzw. informellen Treffpunkten im öffentlichen Raum aufsucht und Angebote auch außerhalb von Einrichtungen ermöglicht. Die sog. „Geh-Struktur“⁷⁸ der aufsuchenden Arbeit erweitert die klassische „Komm-Struktur“ der Einrichtungen. Dies bedeutet, das aufsuchende Angebot ergänzt demnach das einrichtungsbezogene Angebot und spricht somit eine unterschiedliche und größere Gruppe Adressaten an.⁷⁹

Die Methode aus der aufsuchenden Arbeit wird neben der Sozialen Arbeit auch als Ansatz in anderen Arbeitsfeldern angewandt, u.a. in der Bildungsarbeit.

Aufsuchende Bildungsarbeit bietet die Chance, Inhalte der Bildungsarbeit auch an schwer(er) erreichbare Gruppen zu vermitteln, indem die Angebote niederschwellig sind und der Zugang durch die Geh-struktur erleichtert wird.

Aufsuchend im Kontext der Bildungsarbeit bedeutet nicht nur, dass Adressatinnen und Adressaten direkt angesprochen werden, sondern auch über Vereine, Verbände, Institutionen und vor allem Schlüsselpersonen wie „Vertrauenspersonen“ und „Brückenmenschen“, „Menschen, die Vertrauen bei den Adressat_innen genießen und als Brücke fungieren können“, die mit den jeweiligen Milieus verwoben sind. Der Vorteil einer Nutzung vorhandener sozialer Strukturen, Netzwerke und Ressourcen

⁷³ Vorländer 2017: 79

⁷⁴ Becker & Krüger 2010: 638

⁷⁵ Siebert 1994: 74

⁷⁶ Gillich 2011: 70f.

⁷⁷ Diebäcker 2014: 63

⁷⁸ Arbeitweise bei der aktiv auf die Adressaten zugegangen wird.

⁷⁹ Deinet & Krisch 2013: 416

ist die Möglichkeit ein passgenaues Bildungsangebot gemeinsam mit den Menschen zu entwickeln, die man erreichen will. Zudem bieten gemäß Becker und Kürger (2011) arbeitsteiliges Vorgehen und die Vernetzung mit anderen Partnern vor Ort, beispielsweise mit Institutionen oder Initiativen, weitere Anschlussmöglichkeiten an die Lebenswelt der Adressaten. Sozialraumorientiert werden nach dem aufsuchenden Ansatz Angebote dort bereitet, wo sich die Menschen aufhalten (in Vereinen, religiösen Einrichtungen, am Arbeitsplatz oder im Internet).⁸⁰

Arbeitsprinzipien der aufsuchenden Arbeit

Nach Gillich (2011) unterliegt die Methode der aufsuchenden Arbeit unterschiedlichen Arbeitsprinzipien, darunter der *Niederschwelligkeit*. Das bedeutet das Angebote für die Adressaten möglichst einfach zugänglich sein sollten, deren Bedürfnisse und Möglichkeiten beachten sollte. Angebote sollten demnach einfach zu erreichen und eine Teilnahme ohne Vorbedingungen möglich sein. Seine Niederschwelligkeit zeichnet die aufsuchende Methode aus, da es ihr Bestreben ist, benachteiligte, ausgegrenzte und Menschen die keinen Zugang zum Hilfesystem haben zu erreichen.⁸¹ Aber auch für andere Zielgruppen als die der Straßensozialarbeit und mobilen Jugendarbeit, im öffentlichen Raum (z.B. der Gemeinwesenarbeit), ist ein niedrigschwelliges Angebot angesichts des sozialen Wandels unverzichtbar geworden. Faktoren wie zunehmende Individualisierung, ein verändertes Kommunikationsverhalten durch bspw. soziale Netzwerke und dem Erodieren sozialer Netze sowie Pluralisierung verändern die Gesellschaft und erschweren die aufsuchende Arbeit erheblich.⁸²

Ein weiteres Prinzip ist die *Freiwilligkeit* der Kontaktaufnahme. Die Adressaten selbst bestimmen über Maß und Intensität der Kontaktaufnahme innerhalb des Angebotes. Des Weiteren ist eine Vertrauensbasis bei der aufsuchenden Arbeit unerlässlich. Die Adressaten müssen sich darauf verlassen können, dass personenbezogene Daten nicht ohne Ihre Zustimmung erhoben und verbreitet werden, dass ihnen Anonymität gewährt wird, wenn gewünscht und sie selbst bestimmen wie viel und welche Information sie über sich herausgeben möchten.

Kontinuität und *Verbindlichkeit* sind weitere Arbeitsprinzipien. Um Beziehungsarbeit zu ermöglichen, müssen die Fachkräfte demnach kontinuierlich Präsenz zeigen und verbindlich ihre Absprachen und Vereinbarungen einhalten.

⁸⁰ Tippelt & von Hippel 2018: 924

⁸¹ Gillich 2011: 72ff.

⁸² Stövesand 2018: 571f.

Aufsuchende Arbeit orientiert sich zudem an den *Bedürfnissen* der Adressaten, die erst über das Gespräch ermittelt werden und nicht aufoktroiert werden sollten, und an deren *Lebensrhythmus*. D.h. es muss eine zeitliche und methodische Flexibilität der Angebote geben.

Die aufsuchende Arbeit unterstützt und aktiviert zur *Selbstorganisation und Selbsthilfe* und ermöglicht dies durch neue Lern- und Kompetenzerfahrungen, die die Adressatinnen und Adressaten sammeln.

Ein weiteres wichtiges Stichwort im Kontext der aufsuchenden Arbeit ist die *Ganzheitlichkeit*. Die Angebote behandeln nicht nur „spezielle Problemlagen“, sondern bieten einen Rahmen um gemeinsam mit unterschiedlichen Adressaten nach Lösungen für übergeordnete Problemstellungen zu suchen.

Auch die *Geschlechterbezogene Differenzierung* spielt eine Rolle in der aufsuchenden Arbeit. Geschlechterspezifische Ausprägungen und Rollenverhalten sollten bei der Arbeit reflektiert und berücksichtigt werden.

Unter dem Stichwort *Parteilichkeit* sollte das mit dem Ansatz arbeitende Fachpersonal die Interessen der Adressaten mindestens „anwaltlich zu vertreten“, sich bestenfalls jedoch entschieden starkmachen für die Bedürfnisse der Adressaten und sie bei der Artikulation dieser zu unterstützen.

Des Weiteren sollte das Fachpersonal auf eine *Methodenvielfalt* zurückgegriffen, damit die Methodenwahl an die jeweilige örtliche Situation angepasst werden kann. Gillich (2011) nennt hier beispielhaft Einzelfallhilfe oder Gruppenarbeit.

Durch *Interkulturelle Dialogfähigkeit* sollen zudem Deutungsmuster und Handlungsweisen vor dem Hintergrund der jeweiligen kulturellen Prägung verstanden werden.⁸³

Diese Arbeitsprinzipien skizzieren die flexible Arbeitsweise und Angebotsstruktur, die aufsuchende Arbeit ausmachen.

4.2 Konzepte der aufsuchenden Arbeit

In der aufsuchenden Arbeit und damit auch in der aufsuchenden Bildungsarbeit, spielt das Konzept des *Empowerment* eine fundamentale Rolle. Der aus dem Englischen stammende Begriff wird wörtlich mit „Ermächtigung“ übersetzt. Er hat seinen Ursprung in der amerikanischen Bürgerrechts- und Frauenbewegung und prägt heutzutage fast alle Bereiche der Sozialwissenschaften. Das Konzept des Empowerment entwickelte sich als Emanzipationsbewegung sozial benachteiligter Menschen und aus den Alltags-Erfahrungen von Selbsthilfeinitiativen, die das Ziel der „Überwindung sozialer Ungerechtigkeiten, Benachteiligungen und Ungleichheiten“ verfolgten. Im Kontext der Sozialen Arbeit

⁸³ Gillich 2011: 75f.

wird Empowerment als Arbeitsansatz professioneller Fachpersonen verstanden, der die Selbstgestaltungskräfte der Menschen in den Vordergrund stellt. Der Arbeitsansatz soll insbesondere die Ermächtigungsprozesse der Adressaten unterstützen und somit der Vorbereitung einer autonomen, selbstbestimmten Aktivität dieser dienen.⁸⁴

Gillich (2011) stellt fest, dass Empowerment die Fähigkeiten und Stärken des Individuums als Ansatzpunkt für sozialarbeiterisches Handeln in den Mittelpunkt stellt, ohne die Schwächen zu übersehen.“ Gemäß dem Empowermentansatz betrachtet Aufsuchende Arbeit die Adressaten also nicht aus einer defizitorientierten Perspektive, sondern begegnet ihnen mit einer Akzeptanzhaltung arbeitet ressourcen- und lösungsorientiert.⁸⁵ In diesem Sinne gilt es die individuellen Fähigkeiten bzw. Stärken, Talente und Interessen zu identifizieren, so wie alle weiteren Quellen, die der Erweiterung der „Möglichkeitsspielräume“ dienen.

Zentral für das Anstoßen von Veränderungsprozessen im Sinne des Empowerment sind vor allem der Veränderungswille des Individuums und das Vorhandensein von Ressourcen für diese Prozesse.

Sohns (2007) unterscheidet drei wesentliche Grundprämissen des Empowerment:

- Die Subjektorientierung (Autonomie)

Dazu gehört eine bewusste Wahrnehmung und Anerkennung der Adressaten, Respekt vor der spezifischen Eigenart dieser, jedoch ohne dabei Kritiklos zu sein.

- Die Umfeldorientierung

Sie umfasst die Suche und Analyse von ressourcenstärkenden und –hemmenden Faktoren und die Möglichkeit, aktiv auf deren Veränderung Einfluss zu nehmen. Grundlage dafür sind Konzepte wie Lebensweltorientierung oder lösungsorientierte systemische Ansätze, die marginale individuelle Schuld- und Stigmatisierungsfaktoren ausschließen.

- Die Partnerschaftlichkeit

Zwischen der Adressatin oder dem Adressaten und dem Fachpersonal (agierend mit dem Empowermentansatz) sollte ein partnerschaftliches Verhältnis bestehen, das eine Gleichberechtigung u.a. der Rechte und Verpflichtungen und einschließt.

Den Arbeitsauftrag sollte das Fachpersonal auf zwei Ebenen ausrichten:

Auf der einen Seite dient die Arbeit des Fachpersonals dem Adressaten durch seine individuelle Stärkung „hin zum Bestehen-Können in diesem System“. Sie setzt auf der anderen Seite das Ziel

⁸⁴ Sohns 2007: 76ff.

⁸⁵ Gillich 2011: 75

des mittelbaren Auftraggebers um, indem sie „zur Emanzipation eines mündigen Bürgers beiträgt, der damit auch Kompetenzen in einer gelingenden Alltagsgestaltung, der Selbstorganisation und in einem solidarisch-demokratischen Engagement erwirbt“.⁸⁶

Als weitere wichtige Grundsätze gelten dabei das Bemühen um (demokratische) Partizipation, das bedeutet die Adressaten bei jedem Schritt und in alle Entscheidungen miteinzubeziehen, als auch Achtung vor der Autonomie des Lebensalltags der Adressaten zu wahren. Insgesamt ist das Konzept des Empowerment vom lebensweltorientierten Ansatz geprägt.⁸⁷

„Lebensweltorientierung“, einmal losgelöst von seiner Anwendung/Umsetzung auf dem Gebiet der Sozialen Arbeit betrachtet, ist ein allgemeines Prinzip, welches sich alltäglichen Lebenswelten und „Alltäglichkeit“ „als allgemeiner Modus des Lebens und Agierens in alltäglichen Lebenswelten“ zuwendet.⁸⁸ Das Konzept der Lebensweltorientierung entwickelte sich in den 1960er und 70er Jahren, parallel zur Demokratisierung und der Umsetzung des Sozialstaatsprinzips. Der lebensweltorientierte Ansatz sollte Stigmatisierung und Disziplinierung als vorherrschende Strategien der Sozialen Arbeit damals erneuern und ablösen.⁸⁹

Die „lebensweltorientierte Sozialen Arbeit“ zielt nach Grunwald und Thiersch (2018) darauf ab, „die lebensweltlichen Potentiale der Adressatinnen und Adressaten zu stärken, ihre Defizite zu überwinden und Optionen freizusetzen, also im Medium des Alltags einen gelingenderen Alltag zu ermöglichen und zu erleichtern.“ Sie soll es Menschen ermöglichen auf der Basis ihrer eigenen Kompetenzen in gerechteren Verhältnissen und darin möglichst selbstbestimmt leben zu können. Zwei Schlagworte stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Lebensweltorientierung: *Alltägliche Lebenswelten* und *Alltäglichkeit*. Während alltägliche Lebenswelten jene Orte beschreiben, an denen sich Alltag vollzieht (zum Beispiel Sozialraum, Nachbarschaften oder Familie), ist die Alltäglichkeit ein „Modus der Bewältigungsmuster“ innerhalb dessen in den alltäglichen Lebenswelten gehandelt wird. Beide Begrifflichkeiten sind fest miteinander verbunden, da sie sich gegenseitig bedingen.⁹⁰ Alltäglichkeit kann gemäß Grunwald und Thiersch (2018) auch als „Arbeit an und Anstrengungen um einen gelingenderen Alltag verstanden werden“, während die lebensweltorientierte Soziale Arbeit in ihrer Arbeit Räume schafft und Strategien umsetzt, um eine „gelingenderen Alltäglichkeit“ zu ermöglichen. Bei ihrer Arbeit wird der alltäglichen Eigensinn der Menschen in seinen Bewältigungsstrategien respektiert, d.h. auch schwieriges Verhalten, als Strategien zur Lebensbewältigung verstanden. Zudem werden festgefahrene Verhältnisse im Alltag durchbrochen. Dabei geht es nicht um „Mögliches,

⁸⁶ Sohns 2007: 81f.

⁸⁷ Sohns 2007: 77

⁸⁸ Grunwald & Thiersch 2018: 307

⁸⁹ Thiersch 2015: 328

⁹⁰ Grunwald & Thiersch 2018: 303f.

Gelingenderes freizusetzen“. Hierbei sollen keine Lösungen für Probleme gefunden werden, sondern sich widersprechende Lösungsmöglichkeiten ver- und ausgehaltelt werden, um Optionen in Richtung auf einen „gelingenderen“ Alltag zu generieren. Lebensweltorientierte Soziale Arbeit agiert mit Anerkennung und Respekt vor dem Gegebenen, ermöglicht den Adressaten den Zugang zu neuen Bewältigungswegen und unterstützt dabei Lebenskonzepte.⁹¹

Entsprechend der Ressourcenorientierten Arbeitsweise des Empowerment, bei dem der Adressat als „Experte“ seiner eigenen Lebenswelt gilt, dessen Selbstgestaltungskräfte aktiviert und verstärkt werden sollen, bietet ein „offener moderierter Ansatz“ eine angemessene Methode für Kommunikation und Beratung. Der Ansatz kommt bereits unter anderem in der mobilen Beratung z.B mit dem Schwerpunkt Rechtstextremismus zum Einsatz, da seine Offenheit auch die Auseinandersetzung gegensätzlicher Interessen und Meinungen ermöglicht. Bei der Moderation wird auf Polarisierungen und Konfrontationen verzichtet und positive Ziele gesetzt.⁹²

Alle erläuterten Konzepte sind zentral für die aufsuchende Bildungsarbeit und helfen Adressaten zu erreichen und Veränderungsprozesse nachhaltig anzustoßen.

⁹¹ Grunwald & Thiersch 2018: 307

⁹² Hafenegger et al. 39f.

5 Ableitungen zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements in den untersuchten Kreisen

Die hier untersuchten Landkreise Vorpommern-Greifswald und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge gleichen sich in vielen Merkmalen. Bei beiden handelt es sich um dünn besiedelte Gebiete. Perspektivisch ist in beiden Landkreisen ein weiterer Bevölkerungsrückgang mit einer Erhöhung des Anteils älterer Einwohner zu erwarten. Insgesamt weisen beide Regionen eine deutliche Strukturschwäche auf, welche im Landkreis Vorpommern-Greifswald vermutlich ausgeprägter als im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hervortritt, wenn man die Stadt Greifswald bei der Betrachtung des Durchschnittseinkommens und des BIP pro Einwohner außen vorlässt. Die Arbeitslosenquoten des Landkreises in Mecklenburg-Vorpommern liegen deutlich über denen im sächsischen Landkreis.

Beide Landkreise haben gemeinsam, dass sie im Osten Deutschlands gelegen sind und damit nach der deutschen Wiedervereinigung eine fundamentale Umstrukturierung erfahren haben, welche häufig mit einem relativ plötzlichen Verlust lokaler Infrastruktur einherging. Diese Entwicklungen gibt es auch in ländlichen Regionen Westdeutschlands, allerdings erstreckten sie sich über längere Zeiträume. Ein langsamer Abbau von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und eine günstige finanzielle Situation der Kommunen lässt in vielen Fällen eine Kompensation durch gut organisiertes zivilgesellschaftliches Engagement zu. Durch den Systemwechsel kam es zu einem raschen Abbau gemeinschaftlicher Einrichtungen – der öffentliche Nahverkehr wurde (und wird) eingeschränkt, Schulen und Dorfläden werden geschlossen. Durch das Wegbrechen dieser Strukturen fehlt es der Zivilgesellschaft an Begegnungsorten. Damit kann diese Entwicklung dazu führen, dass noch vorhandenes zivilgesellschaftliches Engagement in solchen Regionen weiter abnimmt. Im Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung wird hervorgehoben, dass den wichtigsten Punkt für die Engagementförderung in ländlichen Räumen gemeinsame Kommunikations- und Organisationsstrukturen von Kommune, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft bilden.⁹³ Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Erhalt der Lebensqualität ist es also unabdingbar, ehrenamtliches Engagement zu fördern. Dies betrifft sowohl institutionell gebundenes Engagement wie beispielsweise in der freiwilligen Feuerwehr oder im Sportverein wie auch die Beteiligung an öffentlich gemeinschaftlichen Aktivitäten. Die Wahrnehmung politischer Beteiligungsrechte ist in beiden Landkreisen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge die Wahlbeteiligung über dem Bundesdurchschnitt liegt, bleibt sie im Landkreis

⁹³ BT-Drs.18/11800: 374

Vorpommern-Greifswald deutlich dahinter zurück. Die Engagementquote ist in beiden Bundesländern ebenfalls verschieden und in Mecklenburg-Vorpommern um 4,5 Prozentpunkte höher als in Sachsen.

Es ist deutlich geworden, dass es von großer Bedeutung ist, die jeweiligen Spezifikationen der Regionen zu berücksichtigen, da sich bestimmte Indikatoren signifikant unterscheiden und zum Teil in den Gemeinden der Landkreise selbst heterogen verteilt sind.

Da es sich bei beiden hier untersuchten Landkreisen um ländliche Gebiete in Ostdeutschland handelt sollen an dieser Stelle die Handlungsempfehlungen zur Förderung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland aufgegriffen werden, welche aus einer Untersuchung von Gensicke et al. zu dieser Thematik hervorgingen. Wie bereits beschrieben sind gemeinschaftliche Einrichtungen als Begegnungsorte eine wichtige Voraussetzung für Engagement. Aus diesem Grund ist es von Bedeutung, die lokale Infrastruktur aufzubauen und weiterzuentwickeln.⁹⁴ Es ist ebenfalls wichtig, mögliche finanzielle Hemmnisse für engagementbereite Bürger auszuräumen, indem sichergestellt ist, dass ihre Auslagen z.B. für Fahrtkosten kompensiert werden.⁹⁵ Ein weiterer wichtiger Punkt besteht darin, die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in den Blick zu nehmen und deren Bereitschaft zum Engagement frühzeitig zu wecken, indem man gemeinwesenorientierte Projekte in die schulische Bildungsarbeit integriert.⁹⁶

In Ostdeutschland wird freiwilliges Engagement eher mit der Selbstverständlichkeit von Alltagshilfe verbunden als dass es mit einer aktiven Rolle im politischen Gemeinwesen verbunden wird. Es ist daher wichtig, eine professionelle Infrastruktur zu stärken und eine Anerkennungskultur zu pflegen, um das Leitbild der Bürgergesellschaft auf lokaler Ebene zu verankern.⁹⁷ Um Engagement nachhaltig zu fördern, ist es notwendig, dass es in ein Gesamtkonzept zur Entwicklung ländlicher Räume eingebettet wird, um seiner Bedeutung für die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum gerecht zu werden. Auf diesem Weg ist es unter anderem möglich, eine Beteiligungskultur zu entwickeln und die Mitbestimmung der Engagierten zu stärken.⁹⁸

Eine weitere Empfehlung zur Engagementförderung besteht darin, unausgeschöpftes Engagementpotential zu nutzen, indem man die Menschen direkt und niedrigschwellig anspricht. Eine solche Ansprache sollte nach Möglichkeit über Schlüsselpersonen in der Gemeinde erfolgen, also über den Bewohnern bereits bekannte Personen wie den Bürgermeister oder Vereinsvorsitzende.⁹⁹ Ein

⁹⁴ Gensicke et al. 2009: 148

⁹⁵ Ebd.: 150f

⁹⁶ Gensicke et al. 2009: 151; BT-Drs. 18/11800: 374

⁹⁷ Gensicke et al. 2009: 152f

⁹⁸ Gensicke et al. 2009: 154; BT-Drs. 18/11800: 374

⁹⁹ Ebd.: 149f

Weg, um die Einwohner niedrigschwellig zu erreichen, besteht im Konzept der aufsuchenden Bildungsarbeit.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist ein zentraler Ansatzpunkt für die Bildungsarbeit, oder im Kontext der demokratischen Partizipation für politische Bildungsarbeit, da gesellschaftliche Teilhabe eine Frage politischer wie allgemeiner Bildung ist. Um mit der Bildungsarbeit zu engagierten Akteuren und Akteurinnen vorzudringen, zumal sich das Teilhabeverhalten deutlich verändert hat (unkonventioneller, punktueller und zeitlich begrenzter), ist ein adäquater Arbeitsansatz erforderlich. Der Aufsuchende Ansatz als besonders niederschwellige Methode der Sozialen Arbeit und die damit verbundenen bedürfnis-, lebenswelt- und alltagsorientierten Konzepte und Prinzipien, wie dem Empowerment und der Lebensweltorientierung, ermöglichen niederschwellige Angebote und einen erleichterten Zugang zu diesen (indem die Adressaten mit den Angeboten an ihren Aufenthaltsorten aufgesucht werden), sowie eine Aktivierung und Unterstützung der engagierten Akteure vor Ort. Mit Hilfe der aufsuchenden Bildungsarbeit nach dem Empowermentansatz können die Kompetenzen und Ressourcen der Menschen aktiviert und gestärkt werden. Diese Selbstbefähigung ermöglicht den Anstoß von lokalen Veränderungsprozessen. Um die Chance auf einen Veränderungsprozess zu erhöhen, ist es notwendig auf möglichst große Ressourcen zurückgegriffen. Potential liegt hier u.a. auch in den Ressourcen zugezogener Menschen aufgrund ihrer eigenen Sozialisierung.

Adressaten der aufsuchenden Bildungsarbeit sind vornehmlich Schlüsselpersonen, aber auch Vereine, Verbände, Initiativen und Institutionen die mit den jeweiligen Milieus verwoben sind. Somit kann an vorhandene soziale Strukturen, Netzwerke und Ressourcen angeknüpft werden und ein arbeitsteiliges Vorgehen sowie eine Vernetzung mit hiesigen Partnern erreicht und damit der Wirkungskreis erheblich vergrößert werden. Dabei sollte sich die Suche nach geeigneten Kooperationspartnern nicht nur auf den klassischen Bereich der Bildungsarbeit beschränken, sondern möglichst Kooperationen mit Akteuren in Betracht gezogen werden, die ähnliche Interessen und Ziele verfolgen, um den Wirkungskreis zusätzlich zu erweitern.

Zu Beginn der Arbeit besteht die Herausforderung zunächst einmal darin diese Strukturen zu identifizieren, das Vertrauen der Akteure zu gewinnen und sich als verlässlicher Partner zu beweisen. Wenn dies gelingt, eröffnet die Zusammenarbeit mit den Engagierten vor Ort zudem die Möglichkeit gemeinsam ein passgenaues und bedürfnisorientiertes Bildungsangebot für diejenigen zu entwickeln, die man erreichen will. Um Themen die die Adressaten beschäftigen und in einem gesetzten Rahmen (mit Regeln) zu diskutieren und bei diesem Prozess informelles Lernen zu begünstigen, bietet sich ein moderierender Ansatz für die Bildungsarbeit an.

Aufsuchende Bildungsarbeit, die Akteure vor Ort einbindet und unterstützt, unter Einbezug der Bedürfnisse und Lebenswelt der Adressanten Angebote macht und eine Hilfestellung zur autonomen, selbstbestimmten Aktivität der Adressaten bietet, ist ein wichtiges Instrument, um das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken.

Das zivilgesellschaftliche Engagement in den beiden Landkreisen kann durch Engagementförderung, die professionell und wertschätzend Prozesse begleitet und Kompetenzen wie Ressourcen der Menschen vor Ort einbezieht, erhalten und gefördert werden. Wenn den Bewohnern Raum und Möglichkeiten geboten werden, sich mit ihrer Situation auseinanderzusetzen und die Bedürfnisse ihrer Gemeinschaft selbst zu ergründen, wird eine sichere Grundlage für zivilgesellschaftliches Engagement geschaffen. Eine solche Aktivierung von Engagement kann insbesondere dann gelingen, wenn sie individuell auf die jeweilige Gemeinde abgestimmt ist und auf die Eigenverantwortung sowie die Eigenorganisation innerhalb der Lebenswelt ausgerichtet ist.

Quellenverzeichnis

- Allmendinger, J.; Ebner, C.; Nikolai, R. (2018): Soziologische Bildungsforschung: Bildungserträge. In: Tippelt, R.; Schmidt-Hertha, B. (2018). Handbuch Bildungsforschung (4. Aufl.). Springer Fachmedien. Wiesbaden
- Becker, H.; Krüger, T. (2010): Herausforderungen politischer Bildung: Ungleichheiten. In: Tippelt, R.; Hippel, Aiga von (Hrsg.) (2010): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung (4. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016): Demographiebericht. Daten - Prognosen. Vorpommern-Greifswald, Landkreis. Abrufbar unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/kommunale-berichte/demographiebericht>, Letzter Aufruf: 08.03.2019
- Bremer, H., Kleemann-Göhring, M., & Wagner, F. (2015). Weiterbildung und Weiterbildungsberatung für „Bildungsferne“. Ergebnisse, Erfahrungen und theoretische Einordnungen aus der wissenschaftlichen Begleitung von Praxisprojekten in NRW. wbv Verlag. Bielefeld
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik nach Regionen. Arbeitsmarkt im Überblick - Berichtsmonat Februar 2019 - Vorpommern-Greifswald. Abrufbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Mecklenburg-Vorpommern/Vorpommern-Greifswald-Nav.html>, Letzter Abruf: 14.03.2019.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2018): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung INKAR. Bonn 2018. © 2018 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn
- Corsten, M.; Grümer, S. (2010): Bürgerschaftliches Engagement in Ost- und Westdeutschland. Abrufbar unter: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47178/engagement?p=0> Letzter Aufruf: 04.03.2019
- Deinet U.; Krisch R. (2013): Mobile, aufsuchende Ansätze in der Offenen Jugendarbeit. In: Deinet, U.; Sturzenhecker, B. (Hrsg.) (2013): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit, VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden
- Der Bundeswahlleiter (Hrsg.) (2019): Wahlbeteiligung. Statistisches Bundesamt. Abrufbar unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/w/wahlbeteiligung.html>, Letzter Aufruf: 13.03.2019.
- Diebäcker, M. (2014): Soziale Arbeit als staatliche Praxis im städtischen Raum. Springer Fachmedien. Wiesbaden
- Die Landeswahlleiterin (Hrsg.): Bundestagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Landesamt für innere Verwaltung. Abrufbar unter: <https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Bundestagswahlen/2017/>, letzter Aufruf: 13.03.2019.
- Dohmen, G. (2001): Das informelle Lernen: Die internationale Erschließung einer bisher vernachlässigten Grundform menschlichen Lernens für das lebenslange Lernen aller. Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn

- Düx, W. (2018): Zivilgesellschaftliches Engagement. In: Böllert, K. (Hrsg.): Kompendium Kinder- und Jugendhilfe. Springer Fachmedien. Wiesbaden
- Europäische Kommission (2001): Mitteilung der Kommission: Einen europäischen Raum des Lebenslangen Lernens schaffen. Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales. Zugriff am 01.03.2019 unter <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0678:FIN:DE:PDF>
- Forum Politische Bildung (Hrsg.) (2008): Kompetenzorientierte Politische Bildung: Informationen zur Politischen Bildung Bd. 29. Studien-Verlag. Innsbruck-Bozen-Wien
- Frevel, B.; Voelzke, N. (2017): Demokratie: Entwicklung - Gestaltung - Herausforderungen. Springer Fachmedien. Wiesbaden
- Gensicke, T. et al. (2009): Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland: Quantitative und qualitative Befunde. Springer VS. Wiesbaden
- Gillich, S. (2011): Soziale Arbeit auf der Straße/Mobile Jugendarbeit. In: Bieker, R.; Floercke, P. (Hrsg.) (2011): Träger, Arbeitsfelder Und Zielgruppen Der Sozialen Arbeit..Kohlhammer, Stuttgart
- Grunwald, K.; Thiersch H. (2018): Lebensweltorientierung. In: Graßhoff, G.; Renker, A.; Schröer, W. (Hrsg.) (2018): Soziale Arbeit: Eine elementare Einführung. Springer VS. Wiesbaden
- Hadjar A.; Becker R. (2006): Politisches Interesse und politische Partizipation. In: Hadjar A., Becker R. (eds) Die Bildungsexpansion. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden
- Hafeneger, B.; Becker, R.; Schläger, G. (2013): Das heiße Herz und der kühle Verstand: Mobile Beratung im Problemfeld Rechtsextremismus. In: Schnoor, Heike (Hrsg.) (2013): Psychosoziale Beratung im Spannungsfeld von Gesellschaft, Institution, Profession und Individuum. (1. Aufl.): Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. (Hrsg.) (2017): Fachkräfteengpässe in Unternehmen. Regionale Fachkräftesituation und Mobilität. Köln. Abrufbar unter: <https://www.kofa.de/service/news/detailseite/news/kofa-studie-42017-fachkraefteengpaesse-in-unternehmen-reaktionen-auf-den-fachkraeftemangel> letzter Aufruf: 28.02.2019
- Kausmann, C. et al. (2017): Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014. Springer Fachmedien. Wiesbaden
- Kausmann, C.; Kelle, N.; Simonson, J. (2019): Engagement in den Bundesländern in: Krimmer, H. (Hrsg.) (2019): Datenreport Zivilgesellschaft. Springer VS. Wiesbaden
- Kessl, F.; Reutlinger, C. (2018): Handbuch Sozialraum: Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich (2. Aufl.). Springer Fachmedien. Wiesbaden
- Krafeld, F. J. (2004): Grundlagen und Methoden aufsuchender Jugendarbeit: eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden
- Kubisch, S.; Störkle, M. (2016): Erfahrungswissen in der Zivilgesellschaft: Eine rekonstruktive Studie zum nachberuflichen Engagement. Springer Fachmedien. Wiesbaden
- Landkreis Vorpommern-Greifswald (2018): Der Landkreis Vorpommern-Greifswald. Abrufbar unter: <https://www.kreis-vg.de/Landkreis> Letzter Aufruf: 08.03.2019

- Landkreis Vorpommern-Greifswald (Hrsg.) (2018a): Integriertes Regionales Entwicklungskonzept für den Landkreis Vorpommern-Greifswald. Kreisentwicklungskonzept. Endbericht. Berlin, Stralsund
- Landkreis Vorpommern-Greifswald (Hrsg.) (2016): Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Endbericht. Berlin, Stralsund
- Olk, T.; Hartnuß, B. (2011): Bürgerschaftliches Engagement in: Olk, T.; Hartnuß, B. (Hrsg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Juventa. Weinheim und Basel
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.) (2008): Menschenrechtsbildung in der Bundesrepublik Deutschland
- Siebert, H. (1994): Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland: Alte Bundesländer und neue Bundesländer. In: Tippelt, R. (Hrsg.) (1994): Handbuch Erwachsenenbildung: Weiterbildung. Leske + Budrich, Opladen
- Simonson, J.; Vogel, C.; Tesch-Römer, C. (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligensurvey 2014 (Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement). Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin
- Sohns, A. (2007): Empowerment als Leitlinie Sozialer Arbeit. In: Michel-Schwartz B. (Hrsg.) Methodenbuch Soziale Arbeit. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2016): Datenblatt 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen 2015 bis 2030: Ausgewählte Ergebnisse für Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Abrufbar unter: https://www.statistik.sachsen.de/download/080_RegBevPrognose_RegEinheiten-PDF/PROG_LK_Saechsische_Schweiz-Osterzgebirge_14628.pdf letzter Aufruf: 07.01.2019
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2018): Bevölkerungsentwicklung der Kreise in Mecklenburg-Vorpommern: Faktoren der Bevölkerungsentwicklung 01.01. bis 30.06.201. Statistischer Bericht A113K 2018 42, Schwerin. Abrufbar unter: <https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A113K/2018/A113K%202018%2042.pdf> Letzter Aufruf: 08.03.2019
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2018a): Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2018, S. 24. Schwerin
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2018b): Bevölkerungsstand der Kreise, Ämter und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern. Statistische Berichte A113 2012 00, A113 2013 00, A113 2014 00, A113 2015 00, A113 2016 00, A113 2017 00 (2012-2018). Schwerin
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2018c): Ausländische Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern (Ausländerzentralregister). Statistische Berichte A143 2008 00, A143 2009 00, A143 2010 00, A143 2011 00, A143 2012 00, A143 2013 00, A143 2014 00, A143 2015 00, A143 2016 00, A143 2017 00 (2008-2017). Schwerin
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2018d): Bruttolöhne und -gehälter sowie Arbeitnehmerentgelt der Wirtschaftsbereiche in den kreisfreien Städten und Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns 2000 bis 2016. Statistische Berichte P223 2016 00. Schwerin

Stövesand, S. (2018): Gemeinwesenarbeit. In: Kessl, F.; Reutlinger, C. (Hrsg.) (2018): Handbuch Sozialraum: Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich (2. Aufl.). Springer Fachmedien. Wiesbaden

Thiersch, H. (2015): Soziale Arbeit und Lebensweltorientierung: Konzepte und Kontexte: Gesammelte Aufsätze Band 1. Beltz Juventa, Weinheim, Basel

Tippelt, R. ; von Hippel, A. (2018): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung (6. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden

Tippelt, R.; Schmidt-Hertha, B. (2018). Handbuch Bildungsforschung (4. Aufl.). Springer Fachmedien. Wiesbaden

Vorländer, H. (2017): Informationen zur politischen Bildung 332, 1/2017: Demokratie. Bundeszentrale für Politische Bildung/bpb. Bonn